

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich
einmal am Sonntag.
Bezugspreis monatlich 25 Pf.
vierteljährlich 1,00 Mk., einjährlich
3,50 Mk. In den Abholstellen
monatlich 30 Pf. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,02 Mk.,
einjährlich 3,55 Mk. Einzel-
nummern 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die angelegte Zeitspalte 25 Wg.,
für anwärts 30 Wg., die 2 ge-
spaltene Reklamenzelle 80 Wg., An-
zeigenspalt und Wohnungsanzeigen
10 Wg. Anzeigen mit Platzbestim-
mung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt
laut Tarif.

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: **Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften** Telephone für Redaktion und Expedition 3290
Paradiesgasse Nr. 32

Nr. 28 Danzig, Sonnabend den 14. Juli 1917. 8. Jahrgang

Wetterleuchten!

Regierungskrise in Deutschland

Während die Danziger Neuesten Nachrichten, die schon längst die rückständigen politischen Aufgaben der konservativen Danziger Allgemeinen Zeitung übernommen haben, sich mit viel Lärm gegen den Scheidemannfrieden ohne Gebiets- und Reichstagswahlrecht für Preußen gewendet haben und so mancher Zentrumsmann seine Philippika gegen den Verständigungsfrieden der Sozialdemokraten hielt, warf Erzberger in Berlin schon die Bombe dieses „Verzicht“friedens in den aufgeregten Kreis der Regierungs- und Reichstagsvertreter mit solcher Gewalt hinein, daß unser ministerielles Gebäude gar bedenklich hin- und hergeschaukelte.

Was ist geschehen? Darüber schreibt sehr richtig die Breslauer Volkswacht: Hinter den Kulissen des Hauptauschusses im Deutschen Reichstag, dessen vertrauliche Sitzungen bei uns die verdörmten Geheimhaltungen der feindlichen Parlamente ersehen, hat der etwas unberedbare Zentrumsmann Erzberger sehr ernsthafte Betrachtungen über den bisherigen Verlauf und die weiteren Aussichten des Krieges angestellt, hat den Staatssekretär der Marine, Herrn Capelle, an seine Verpflichtungen bei Ausbruch des U-Boorkrieges vor mehr als fünf Monaten erinnert und schließlich auch über die wirtschaftliche Lage sich ausgelassen, alles in einer Offenheit und mit einer Schärfe, die man sonst nur bei den Sozialdemokraten gewohnt war und die man bei ihnen meist etwas leichter nahm, weil man sich hinter der bürgerlichen Mehrheit wohlgeborgen fühlte. Jetzt bricht er einmal die Mittelpartei, die mit den Sozialdemokraten allein eine Mehrheit bilden könnte, aus der sorglich gehüteten parlamentarischen Durchhaltefront aus und reißt — wie nicht anders möglich — die dazwischen liegenden Gruppen der Fortschrittler und Nationalliberalen aus ihrer ganzen Haltung mit heraus. Was Herr Erzberger genau gesagt hat, ist bei dem vertraulichen Charakter der Verhandlungen nicht mitzuteilen, soviel verraten aber die Berliner Mütter, daß er völlig in den „Vorwärts“ton einstimmt: „So geht es nicht mehr weiter!“ und daß er sich unserer Forderung eines Verständigungsfriedens ohne Annexionen und Kriegsentwädigung sehr festig näherte. Allgemeines Hallo! Der Mensch sagt ja, was wir alle denken und nicht zu sagen wagen! Schwere Entrüstung auf der Rechten! Der Renegat verläßt mit lautem Schall die Front des „deutschen“ Friedens! Anhaltendes Schwanken des Kanzlers. Er sagt nicht nein und sagt nicht ja! Unbestimmt wie immer! Durcheinander bei den Nationalliberalen. Was ist da noch zu retten? Wenn Herr Erzberger für Demokratisierung und Wahlrecht ist, um mit dem Kriege zum Ende zu kommen, dann müssen wir vollstimmig werden. um die letzte Kraft des Volkes für die Fortführung des Krieges nutzbar zu machen. Also treten die Nationalliberalen plötzlich auch für das gleiche Wahlrecht in Preußen ein! Es geschehen Zeichen und Wunder. Sogar das parlamentarische Regierungssystem für Deutschland rückt in ernsthafte Nähe, die Gerüchte schwirren: Capelle wird gehen, seine Prophezeiungen waren voreilig, Trost zu Solz geht, um dem Wahlrechtsfreund Harnack Platz zu machen, Bethmann wird gehen, Bülow oder Herffling wird an seine Stelle treten, Staatssekretäre aus den politischen Parteien werden in das neue Ministerium eintreten — ein Koalitionskabinett ist in Vorbereitung. Noch ist alles im Fluß und das Ende der Krise nicht zu erkennen. Der Reichstag ist für Sonnabend und Montag ausgesetzt worden, die Fraktionen tagen ununterbrochen, schicken Delegierte zum Kanzler, der Kanzler geht zum eben zurückgekehrten Kaiser, wo er diesmal 1 1/2 Stunden zu tun hat. Hindenburg und Ludendorff, die auch in Wien waren, werden ebenfalls empfangen — wie ausdrücklich hervorgehoben wird, zu militärischem Bericht! — und fahren ins Hauptquartier zurück. Die Sozialdemokraten senden eine Delegation zum Kanzler, die ihn über die Stimmung des Volkes reinen Wein einschenkt und mit mehr Deutlichkeit als Erzberger sagt: „So geht es nicht mehr weiter!“ Am Sonntag abend, nach der Kaiseraudienz, neue Konferenzen zwischen dem Reichskanzler, dem Reichstagspräsidenten und den Parteiführern. Ein Block der Mitte beginnt sich zu bilden: ein Block für Wahlreform in Preußen, parlamentarische System in Deutschland, für vernünftigen Frieden. Nur die Konservativen und die Haafegruppe wollen da nicht mit. Auch uns dünkt das Kompromiß nicht befriedigend. Nur jetzt nicht schwach sein! Gewiß ist das Fortstreifen der anderen zu ernsthaften Reformen ein taktisch geschickter Zug. Aber man bleibe nicht auf halbem Wege stehen und verjuche nicht mehr zu verkleinern! Lieber heraus mit den Gegenjagen! Glauben die alldeutschen Eroberungspolitiker, Volk, Heer und

obere Regierungsfaktoren auf ihrer Seite zu haben, dann heraus mit dem starken Mann. Er ist allemal besser als der Schwamm. Er bringt die Sache zur Entscheidung. Und die Entscheidung brauchen wir. Die klare Entscheidung über den Fortgang der deutschen Politik. Kann man sich nicht zu unserer Parole des Verständigungsfriedens und der Demokratie bekennen, dann mag man Autokratie und Eroberungen proklamieren. Nur nicht hinhalten! Entweder — oder: wir mühen uns aus dem Sumpf heraus, das Volk ruft lauter als Erzberger und wir, es können:

So geht es nicht weiter!

Gleiches Wahlrecht für Preußen

Der Kaiser hat an Herrn von Bethmann Hollweg folgenden Erlaß gerichtet:

Auf den Mir in Befolgung Meines Erlasses vom 7. April d. J. gehaltenen Vortrag Meines Staatsministeriums befinne ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzuliegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause auf der Grundlage des

gleichen Wahlrechts

aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.

Ich beauftrage Sie, das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt hierzu: „Der vorstehende Erlaß schafft über die Frage des preussischen Wahlrechts volle Klarheit. Die in der Osterbotschaft zunächst offengelassene Frage, ob die Reformvorlage neben dem direkten und geheimen Wahlverfahren ein Pluralwahlrecht oder das gleiche Wahlrecht vorzuziehen habe, ist nunmehr in lehrerem Sinne entschieden worden. Damit ist dem Staatsministerium, nachdem es Seiner Majestät dem König den befohlenen Vortrag gehalten hat, ein bestimmter Weg für die Aufstellung der Vorlage vorgezeichnet, über die der Landtag zu beschließen haben wird. Indem der König in freier Entscheidung seinen Willen kundgibt, bekräftigt er in weithin wirkender Lat sein festes Vertrauen in unser Volk, das so Glänzendes vollbracht hat, dem so Gewaltiges auferlegt ist. Es ist ein Akt von entscheidender Bedeutung für Preußen und für Deutschland, den Seine Majestät mit der Zeichnung des Erlasses vollzogen hat. Daß dieser Akt, der aus dem gewaltigen Geschehen dieses Krieges die notwendigen Folgerungen zieht, für Krone und Volk von dauerndem Heil sein werde, ist unsere feste Zuversicht.“

Der „Vorwärts“ schreibt hierzu:

Eine Forderung, um die seit Jahren im preussischen und im deutschen Volke leidenschaftlich gekämpft worden ist, nähert sich damit der Erfüllung. Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen bedeutet für ganz Deutschland den entscheidenden Schritt zur Demokratie. Die Regierung eines freien Preußens wird nicht mehr im Bundesrat und in der Verwaltung den Hemmschuh für den Fortschritt spielen, auch dem Schaffen des Reichstags wird damit freie Bahn geöffnet sein.

Um so wünschenswerter ist, daß jetzt schon in der verfassungsrechtlichen Gestaltung des Reichs die an sich unvermeidlich gewordene Entwicklung vorweggenommen wird durch die gleichzeitige Schaffung der parlamentarischen Regierungssystems!

Die liberale „Berliner Volks-Zeitung“ schreibt: „Dieser Erlaß wird in Preußen und darüber hinaus in ganz Deutschland freudigen Widerhall wecken. Die Gleichheit im Schützengraben und vor der Kugel des Feindes kann nur zur vollen Rechtsgleichheit der Bürger führen. Indem der König von Preußen diese klare Folgerung zieht legt er ein Bekenntnis zum Volke ab, das später reiche Früchte tragen wird. In den Schützengraben und daheim wird die Kundgebung begeisterten Opfermuts aufs neue wecken. Jeder Mann weiß jetzt, daß unser Verteidigungskrieg dem freien Vaterlande gilt. An dem preussischen Landtag wird es jetzt sein, den Wunsch des Königs zu erfüllen und die Hoffnungen des preussischen Volkes nicht zu schänden werden zu lassen.“

Sehr ungehalten ist die konservative Presse. Wir geben folgende Äußerung der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ wieder: „Zur Annahme einer dieser weitergehenden Forde-

rungen hat sich jetzt die Regierung verstanden, nicht unter einem wirklichen aber unter dem vermeintlichen Zwange des demokratischen Vorstoßes von Erzberger bis Scheidemann. Der Reichskanzler ist, wie man seit langem weiß, ganz und gar nicht der starke Mann, der demokratischen Begehrlichkeiten zu widerstehen vermag. Er weicht Schritt für Schritt zurück. So sind wir denn an den Rand des Abgrundes gelangt, in der inneren wie in der äußeren Politik. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ jubelt, die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen bedeute für ganz Deutschland den entscheidenden Schritt zur Demokratisierung. Und so ist es leider, zum mindesten so lange, als Herr von Bethmann Hollweg weiter die ständigen Mißerfolge seiner unglückseligen Politik fortsetzen darf.“

Kriegsnachrichten

Neuer Angriff auf London

London, 7. Juli. Nach einer amtlichen Reutermeldung waren um 9 Uhr 30 Min. morgens feindliche Flugzeuge in beträchtlicher Zahl, wahrscheinlich in zwei Abteilungen, über der Insel Thanet und über der Ostküste von Essex erschienen. Nachdem sie Bomben auf Thanet abgeworfen hätten, seien die Angreifer in Richtung auf London weitergeflogen, das sie von Nordwesten nach Südwesten überquert hätten. An verschiedenen Stellen des Stadtgebietes seien Bomben abgeworfen worden. Heber den angerichteten Schäden und Unglücksfälle lägen Nachrichten noch nicht vor.

Feindliche Flieger-Angriffe auf deutsche Städte

W. L. B. Berlin, 7. Juli. In der Nacht zum 7. Juli überflogen feindliche Flieger das Festungsgebiet von Köln. Bomben wurden nicht abgeworfen. Einer Tätigkeit der Abwehrgeschütze bedurfte es nicht. In den frühen Morgenstunden haben einige feindliche Luftfahrzeuge dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet einen Besuch abgestattet. Es wurden im ganzen acht Bomben abgeworfen, die einen Sachschaden von etwa 200 Mk. anrichteten. Menschen wurden nicht verletzt. Industriebetriebe sind nicht getroffen worden. Auch Ludwigshafen und Umgebung wurden von Fliegern angegriffen. Der Sachschaden war sehr gering. Menschen wurden nicht verletzt. Auf dem Hin- und Rückflug berührten die feindlichen Flieger Karlsruhe, wurden aber durch Sperrfeuer verjagt. Schließlich wurden auch auf Trier und Umgebung zahlreiche Bomben wahllos abgeworfen. Die meisten fielen ergebnislos in freies Gelände, andere richteten an Gebäuden einigen Schaden an. Militärischer Schaden entstand nicht. Getötet wurde ein Kind, verletzt ein Mann. Ein französisches Flugzeug wurde bei Saarburg (Rheinland) durch Abwehrgeschütze zur Landung gezwungen. Die zwei Insassen sind gefangen.

Furchtbare russische Verluste

Stockholm, 6. Juli. Laut „Aftonbladet“ besitz der Arbeiter- und Soldatenrat in Lornea die Drahtnachricht, daß die Offensive in Galizien den Russen nicht weniger als neun Divisionen kostete.

Die schwerste russische Niederlage

W. L. B. Berlin, 7. Juli. Auch der zweite große russische Offensivstoß in Ostgalizien scheiterte völlig. Eingehende Meldungen bestätigen, daß die Niederlage vom 6. Juli zu den schwersten russischen Niederlagen des ganzen Krieges gezählt werden muß. Brusilow hat als Befehlshaber des demokratischen Rußlands seine Methode der Massenangriffe des vorigen Jahres noch gesteigert. In unserer zusammengesetzten Artillerie, Maschinengewehr-, Infanterie- und Minenwerferfeuer wurden die feindlichen Angriffswellen, die ein nicht zu verfehlendes Ziel boten, einfach niedergemäht. Das Leichenfeld in Ostgalizien wird als das schauerlichste des ganzen Krieges bezeichnet. Brusilow hat sich selbst übertrieben. Hier wurden die Angriffe vollkommen sinnlos angelegt. Führung und Unterführung erschienen ebenso unzulänglich wie gewisslos. Bei Hodow sollte die Zuversicht der russischen Sturmtruppen nach englischem Muster durch den Einsatz von sechs Panzertrains gesteigert werden. Die Panzerwagen blieben ebenso, wie die Geschwader an der Westfront, in aller Eile im Feuer liegen. Am Mittag war angesichts des furchtbaren Blutbades, das unser Feuer unter den russischen Kolonnen anrichtete, der Angriffswille der Russen völlig gebrochen. Die russischen Sturmhaufen stürzten panikartig zurück und wurden vom Maschinengewehrfeuer unserer Jagdflieger dezimiert.

Der gemeldete Angriff weiter nördlich, südlich der Bahn Buczow-Larnopol, wurde in einer Breite von sechs bis acht Kilometern bis zur Chaussee Buczow-Zborow vorgetrieben. Er blieb ebenfalls im Blute liegen. Einem gegen 8 Uhr abends nördlich Bborow erfolgenden neuen russischen Angriff war dasselbe Schicksal beschieden. Wie bei verschiedenen Gelegenheiten im Westen waren an verschiednen Stellen Kavalleriemassen bereitgestellt, die einerseits die Zuversicht der Angriffstruppen stärken sollten, andererseits die Front nach erfolgreichem Durchbruch zu durchstoßen hatten. Wie an der Westfront scheiterte die Aufgabe dieser Kavalleriemassen.

Ein gegen die Wsponia-Höhe blühend Brzezanj verlusteter russischer Ueberrassungsangriff wurde blutig zurückgewiesen. Ebenso zwei überraschende russische Angriffe in der Nacht zum 7. Juli gegen die Höhe von Brzezanj. In der Gegend von Kirlbaba lag tagsüber auf unseren Stellungen starkes Artilleriefeuer.

Die politische Bedeutung der Juli-Offensive

Die Auslands-Pravda, das Stockholmer Organ der Bolschewisten, erklärt die russische Offensive politisch folgendermaßen: „England und Frankreich denken nicht an eine Ver-

ständigung mit Deutschland; die provisorische Regierung will um keinen Preis den Sonderfrieden; infolgedessen ist sie gezwungen, den Krieg so lange in die Länge ziehen zu lassen, wie England und Frankreich es wünschen. Die russische Revolution schaltet sich als Friedensfaktor ein, insofern man von dem russischen Handeln, nicht von spontanen Aktionen der Revolution spricht, sagt die Prawda wörtlich, aber die Ereignisse würden stärker sein als alle Absichten. In welchen Schritten der Bergweisung die Hoffnungen aufkommen werden, daran mochte die provisorische Regierung gar nicht denken; aber diese Ereignisse können den Arbeiterrat sehr bald zwingen, gegen seinen Willen von Neuem zur revolutionären Gewalt zu greifen.

„Befreiungskrieg mit Amerikanern“

nennt das russische Blatt „Dießes Karoda“ die Kriegsziele, die in den Geheimverträgen des zaristischen Rußland mit den anderen Entente-Mächten festgelegt sind. Als Beispiel für diese Geheimverträge führt das Blatt den sehr öffentlichen Vertrag über den Eintritt Rumäniens in den Krieg an. Es hebt hervor, daß Rumänien sich die gesamte Bukowina, ganz Siebenbürgen, das ganze Banat und einen Teil Bulgariens verschaffen will. Hatte Rumänien vor dem Weltkrieg einen Flächeninhalt von 137 902 Quadratkilometern mit 7 816 000 Einwohnern, so sollte es jetzt 109 000 Quadratkilometer mit 26 Millionen Einwohnern dazu erhalten. Rumänien hatte also die Absicht, das Gebiet nahezu zu verdoppeln, obwohl die Bevölkerung der Gebiete, die es zu erobern gedachte, kaum die Hälfte von der Zahl der Rumänen ist. Die Lage der Fremdenminderheiten in Rumänien ist aber immer höchst traurig gewesen, man braucht nur an die Juden zu denken. Der Artikel schließt: „Da die berühmten Geheimverträge natürlich eine gelungene Erfüllung zu den Zielen des Befreiungskrieges erweisen, wo es schon genügt, irgendeinen dieser Geheimverträge ans Licht zu ziehen, um in jedem auch nur einigermaßen feindsüchtigen Menschen ein Gefühl des Ekel gegenüber dieser ganzen heuchlerischen Vorkriegspolitik hervorzuwecken, die von den Tendenzen des autokratischen Imperialismus abstrahlen will und in Wirklichkeit nur die gleichen schamlosen Eroberungsappetite vertritt.“

Frankreichs Kriegsziele

Paris, 9. Juli. Nach einem Bericht der „Agence Havas“ umschließt der Kriegsminister Painlevé in seiner Kammerrede am Samstagabend die Kriegsziele Frankreichs mit folgenden Worten: „Wenn ein schwaches Herz, wie es schon Kerenski an den Franzosen hielt, fragt, wie weit wir noch gehen wollen, werde ich wie Wilson antworten: An dem Tage, an dem die Demokratie in Sicherheit ist, haben wir unser Ziel erreicht und werden aufhören zu kämpfen.“

Rubens Eroberungsziele

Paris, 9. Juli. (W. I. B. Meldung der Agence Havas.) Rubot hielt bei einem von der amerikanischen Handelskammer gegebenen Frühstück eine Ansprache, worin er auf die geschichtlichen Beziehungen der französischen und nordamerikanischen Republik hinwies und dann fortfuhr:

„Als die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, bestimmten sie durch den Wandel Willens die Bedingungen des künftigen Friedens, so daß die völlige Übereinstimmung zwischen ihnen und Frankreich sofort hergestellt war. Nach Kroatien, Ungarn, Serbien, Rumänien und der belagerten Provinzen Frankreichs muß der Prozeß gegen den preussischen Militarismus geklärt werden, der eine förmliche Bedrohung des Bestehens der künftigen Nationen ist. Obwohl unsere Arbeit schwerer geworden, was Willen und ich von der Kammer wissen, haben wir doch die feste Überzeugung, daß der Frieden nicht leichter zu schließen wäre, wenn wir Vertreter einer auf modernen Rechtsgrundsätzen beruhenden Demokratie uns gegenüber hätten. Das müßten wir recht laut ausprechen, bis wir auch von unseren Feinden gehört werden. Der Sieg ist sicher, falls wir nicht im entscheidenden Augenblick scheitern werden. — Die ewige Wiederholung von der „Demokratie“ und antimilitarischen Freiheit der Welt glauben die kühnen Scharhader der Entente nicht mehr.“

Ermordung eines schwedischen Offiziers

Stockholm, 10. Juli. Grobes Aufsehen erregt in Schweden die Ermordung eines hohen Fortifikationsoffiziers, des Oberleutnants in der schwedischen Heeresverwaltung Hjalmar Smith. Der in der Nacht zum Samstag in seiner Stockholmer Wohnung von einem Unbekannten erschossen wurde. Ein Revolver ist nicht anzunehmen. Nach der bisherigen Untersuchung läßt der Verdacht auf einen bekannten Offizier. Einige Blätter vermuten, wie in solchen Fällen üblich, eine Solonapeleche.

Kriegsrechtlich erschossene serbische Republikaner

Stockholm, 10. Juli 1917. „Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“ aus „Buletin“ des Arbeiter- und Soldatenrats melde dessen Petersburger Organ, „Iswestia“, daß an der Salonikfront zwei hohe serbische Offiziere kriegsrechtlich erschossen worden seien. Acht andere Offiziere wurden zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Der russische Minister des Auswärtigen Tereßkewitsch war von diesen Verurteilungen rechtzeitig benachrichtigt worden, sein schleunigst eingeleiteter Protest blieb jedoch vergeblich.

Aus dem Text, mit dem die „Iswestia“ diese Nachricht begleitete, geht hervor, daß es sich um eine republikanische Bewegung im serbischen Heere handelt, die man mit blutiger Gewalt zu unterdrücken versucht.

Friedensborarbeit

Maxim Gorki gegen die französischen Ansprüche auf Elz-Lothringen

Ein Petersburger Drahtbericht der „Daily News“ berichtet über die Aufnahme, die Max Gorki in Petersburg eingetroffenen Erklärungen der alliierten Regierungen zu den veröffentlichten russischen Friedenszielen beim russischen Publikum gefunden haben. Ein deutscher Resignation schreibt der englische Berichterstatter: „Die Erklärungen der englischen und französischen Regierungen haben weniger Aufmerksamkeit erregt, als dies nach vor einer Woche der Fall gewesen wäre. Der Grund liegt in der inzwischen eingetretenen scharfen Spannung in den internationalen russischen Zuständen.“ Die von Gorki redigierte russische Zeitung „Das neue Leben“ hat sich besonders über die französische Forderung von Elz-Lothringen geäußert und betont hierbei, daß diese Forderung verhängnisvoll dem Deutschen Reich entgegenstehe. Die russische Zeitung spricht sich also schon in scharfer Weise aus gegen die chauvinistische Entente-Politik. Da uns Kuffen durch die ganze Verwirrung der kri-

stigen Parteien zugeführt werden, in der Absicht, daß sie die Geschäfte der proletarischen Massen Europas in einem falschen Licht zeigen sollen, und die dann wieder nach Brüssel und London zurückkehren, um dort die russischen Revolutionäre in einem ebensoviele Augenblicke zu verurteilen.

Polnische Landbau
Deutschland

Die politischen Schicksalsfragen

des Reiches und Preußens nähern sich der Entscheidung; vielleicht ist sie in diesem Augenblicke bereits gefallen. Der Reichstag war voll von Gerüchten. In den Verhandlungen der letzten Ministerräte für Preußen und das Reich. Die am Bestimmtheit trat die Nachricht auf, daß die alsbaldige Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen beschlossen sei. Es war klar, daß unter dieser außerordentlichen Spannung die Verhandlungen im Plenum selber leiden mußten. Dabei betrafen sie sehr wichtige Dinge: die Interpellation unserer Fraktion über die Mißstände auf dem Obst- und Gemüsemarkt, in der Kohlenversorgung und in den drohenden Mietsteigerungen. In einer sehr gründlichen und souveränen Rede, die das Interesse der Zuhörer fesselte, legte Genosse Hoch unsern Standpunkt klar. Er übte scharfe Kritik an den Hebeständen auf dem Obst- und Gemüsemarkt und wies nach, daß die Höchstpreise ihre Aufgabe gar nicht erfüllen können, wenn mit ihnen nicht eine Regelung des Verkehrs der Waren verbunden ist. Der Handel müsse planmäßig in den Dienst der Gesamtheit gestellt werden, nicht, daß das Volk den Kaufleuten zur Ausbeutung überantwortet werde. Die Kriegsmarmelade traurigen Angebens erfuhr die entsprechende Kritik, die sich mit praktischen Vorschlägen über eine andere Gestaltung der Marmeladeversorgung verbreitete. In der Frage der Kohlenversorgung wies unser Redner mit Recht darauf hin, daß das Hauptübel das Privateigentum ist, in dem sich dieser wichtige Produktionszweig befindet. Mit derselben Entschiedenheit, mit der er sich gegen das übermäßige Nachdrucknehmen der Kohlenherren wandte, griff Hoch die eigennütigen Hausbesitzer an, die die Notlage ihrer Mieter zu Mietssteigerungen ausnützen. In der gleichen Richtung wie diese Rede bewegten sich die Ausführungen des Abgeordneten Giesberts, der für das Zentrum sprach. Vorher hatte Herr Dr. Helfferich für mildernde Umstände in der Gemüse- und Obstnot gesprochen. Er wollte die Hauptschuld der großen Dürre der letzten Wochen anrechnen. In der Frage der Kohlenversorgung versprach er ausreichende Befestigung des Hausbrandes, während er bei den Mietssteigerungen auch auf die schwierige Lage mancher Vermieter hinwies. Präsident von Bismarck verteidigte dann das System der Höchstpreise für Frühgemüse und Obst, erklärte aber die Möglichkeit einer Beschlagnahme wegen der raschen Verderblichkeit dieser Waren für ausgeschlossen. Gegen die Schieber und Hamsterer versprach er mit aller Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Tröstliche Aussichten eröffnete er für die Getreideernte dieses Jahres, die er ebenso hoch einschätzte, wie die von 1915; die Kartoffelernte werde sicher besser sein, als die schwere Missernte vom vorigen Jahre. Die Verhandlungen wurden auf Mittwoch vertagt.

Unverantwortliche Heße

Unter dieser sehr derben Ueberschrift wendete sich die „Deutsche Tageszeitung“ am 3. Juli, in der Nummer 343, gegen das Zentralorgan der, den Konterrevolutionen politische recht nahe stehenden, Christlichen Gewerkschaften. Das arvarische Blatt schreibt:

„In einer Auseinandersetzung mit der „Königlichen Volkszeitung“ behauptet das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands u. a., daß bei den Nachprüfungen „viele Bauern und Gemeinden“ die „schlimmsten Experimente“ gemacht, Getreide aus einer in die andere Gemeinde geschafft und „in nicht geringen Mengen vergraben“ hätten, ferner, daß das vorgefundene Getreide bei der früher festgestellten Behandlung „verschwiegen“ worden sei.

Daß es sich um früher verschwiegenes Getreide gehandelt habe, ist eine denkbar grobe Unwahrheit, die heute in gutem Glauben kaum mehr ausgesprochen werden kann. Ferner zeigen sowohl das Ergebnis wie die Einzelergebnisse der Nachprüfungen einwandfrei, daß unehrliches Gebahren in der Landwirtschaft nur in einem Maße und in einer Art festzustellen war, die im Verhältnis zur Gesamtheit ganz geringfügig sind; offenbar sehr viel geringfügiger als die entsprechenden Vergehen in der städtischen Bevölkerung, von den Mißhandlungen bis zu zahlreichen Fälschungen von Lebensmittelfarben. Es handelt sich also um eine nicht nur sehr unchristliche, sondern ganz unverantwortliche Heße des christlichen Gewerkschaftsbundes. Weiterhin schreibt das „Zentralblatt“:

„Es ist charakteristisch, daß ausgerechnet diejenigen agrarischen Kreise, denen der Krieg nicht rücksichtslos genug geführt worden kann, und die am liebsten Deutschland mit der ganzen Welt vertragen (1) leben möchten, sich am wenigsten Kopferreden darüber machen, wie die städtische und industrielle Bevölkerung auch nur einigermaßen ausreichend ernährt werden kann.“

„In Wirklichkeit haben die „agrarischen“ Kreise alles nur Mögliche getan und versucht, um die Ernährung der städtischen und industriellen Bevölkerung besser zu gestalten; leider ist es ihnen nicht gelungen, die einseitige Ernährungspolitik, durch die unsere Ernährungsmittel ständig verringert worden ist und für die insbesondere auch die Gewerkschaftsvertreter die Verantwortung tragen, zu verhindern.“

„Im Reiche des Burgfriedens möchten wir uns nicht näher zu den Ausschreitungen des „Zentralblattes“ auslassen; nur möchten wir an die Zeitung der christlichen Gewerkschaften schließlich doch die Anfrage richten, ob und wie lange sie eine derartige tollwütige Kampagne des „Zentralblattes“ zu unterstützen oder zu dulden gedenkt.“

Es dürften kaum Zweifel darüber entstehen können, auf welcher der beiden Seiten die richtigere Beurteilung erfolgt.

Der schwerindustrielle Zeitungsstreik

Der am 1. Juni in Berlin zum ersten Male ins Leben gerufene „Arbeiter-Zeitungsgewerkschaft“ m. B. G., die — wie wir schon am Freitag Abend andeuten konnten — ihre Ziele weder auf das Ausland, noch auf die Kapitalisten beschränkt hat, wie uns am Dienstag gemeldet wird, die den Tagelöhner „Bewegung“ durch Kampf in ihren Reihen gebracht, die dadurch notwendig aufhören wird, ein fortwährendes Ziel zu sein. Die Abgrenzung in Berlin verläuft hauptsächlich die „Arbeiter-Zeitungsgewerkschaft“ und eine ganze Anzahl anderer großer, in erster Linie Berliner Zeitungsblätter zu trennen.

Der Fall der „Bewegung“, ein Fall in der doppelten Bedeutung des Wortes, führt auf die ganze Öffentlichkeit, insbesondere auf jene Journalisten der „Bewegung“, die nicht zu Soldaten beim „Arbeiter-Zeitungsgewerkschaft“ herab sinken wollen, wie ein „Arbeiter-Zeitungsgewerkschaft“ hat, was das Volk nicht durch eine gewisse öffentliche Meinung beruhigt, wenn der Arbeiterstand der gewöhnlichen Journalisten nicht vollends zum Skandalum wird, wenn man diese unheimlichen Erscheinung halt geboten werden.

Die Presse umschließt heute Schmetzchen den Druck der „Arbeiter-Zeitung“, was die Tendenz der Presse auslegt, sind doch nur verdinglichte Kleinigkeiten, die über den Befehl, die der Pressefreiheit von Seiten der Großkapitalisten, die die bürgerliche Presse das Amt einer unheimlichen, die den proletarischen Massen nicht der sozialdemokratischen, die allen Verstand, wenn es die höchste Zeit, daß sie gegen die Verurteilung der russischen Revolutionäre zu schreiten.

Die Klassenwahlrecht in Hamburg aufgehoben

Hamburger Senat hat einen Beschluß der Bürgerchaft angenommen, den Beschluß des Wahlgesetzes für die Wahlen zu den Gruppenvereinen, worin verlangt wird, daß die bisherige bestehende Gruppenwahl aufgehoben wird. In der Begründung heißt es: „Alle Kommissionsmitglieder seien davon überzeugt, daß einer Zeit, in der Feinde verjagt haben, auf die inneren Verhältnisse Deutschlands Einfluss zu gewinnen, in der Hoffnung, aus einer Ueberwindung des deutschen Volkes Nutzen für den Ausgang des Krieges zu ziehen, durch einmütige Annahme des Gesetzeswurfs erreicht werden, durch einmütige Annahme des Gesetzeswurfs erreicht werden, durch einmütige Annahme des Gesetzeswurfs erreicht werden.“

Gegen das Wolff-Bureau

wendet sich die Pariser „Humanität“ unter der Ueberschrift: „Die Fälschung des Wolff-Bureau“ gegen eine vom 10. Juni datierte Nachricht des W. I. B. aus Genf, nach der Renaudel in der „Humanität“ vom 8. Juni geschrieben haben soll: „Wenn der Sieg nicht die Niederdrückung, Verflüchtung und Vernichtung des deutschen Volkes ist, dann befürchten wir, daß der Friede niemals kommt.“

Das gerade Gegenteil hat Renaudel geschrieben, nämlich: „Wenn der Sieg die Unterdrückung, Verflüchtung und Vernichtung der wenig beneidenswerten Existenz“ des deutschen Volkes sein sollte, dann befürchten wir, daß der Friede niemals käme.“

Eine Neuhering des W. I. B. scheint hierzu unerlässlich.

Rückkehr von Fahnenflüchtigen

Von zuständiger Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß die weit verbreitete Ansicht, Ueberläufer würden nach dem Frieden schick begnadigt werden, ein Irrtum ist. Diese hätten, im Gegensatz zu den rechtmäßig zurückkehrenden Fahnenflüchtigen, zu kein Zeit auf Gnade zu rechnen. Dagegen bieten sich den Fahnenflüchtigen Gelegenheiten, nach dem Vaterlande zurückzukehren, falls die Rückkehr innerhalb der im Erlass vom 20. Mai bestimmten Frist erfolge. Diese Frist läuft am 15. Juli ab. Bis dahin müssen sich die Fahnenflüchtigen bei der nächsten zu erreichenden Grenzstation zum Dienste melden. Es wird ihnen dann nach Durchsichtigung der gerichtlichen Verfahren Strafauflösung mit der Aussicht auf Begnadigung zugesichert, falls sie sich einer solchen durch ihr Verhalten würdig erweisen. Von einer Untersuchungshaft wird abgesehen. Von späteren allgemeinen Straferlass haben die nicht festgenommenen Fahnenflüchtigen nicht zu rechnen.

Für Erhöhung der Arbeiterrenten

Abg. Genosse Ebert hat im Reichstag folgende Anfrage eingbracht: „Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß die auf Grund der Reichsversicherungsordnung gewährten Invaliden- und Unfallrenten die für normale Lebensverhältnisse schon sehr gering bemessen sind, heute nicht mehr ausreichen, um die Invaliden der Arbeit vor der äußersten Notlage zu schützen? Was gedenkt der Herr Reichsanwalt zu tun, um dieser Notlage der Arbeitsinvaliden baldigt abzuhelfen?“

Oesterreich-Ungarn

Die tschechischen Sozialdemokraten für nationale Verständigung

Prag, 9. Juli. Die Vertrauensmänner der tschechischen Sozialdemokratischen Partei nahen eine Entschlieung an, wonach zur Befähigung einer nationalen Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen die Reichstagsabgeordneten aus Böhmen mit den Reichstagsabgeordneten aus Österreich beauftragt werden sollen, um die ganze nationale Frage zu erörtern auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Milderung der Zensur

Budapest, 10. Juli. Durch Erlass des Justizministers werden die bisherigen Zensurvorschriften wesentlich gemildert. Der Minister wünscht, daß nur diejenigen Schranken die Freiheit der Presse hemmen, die durch die Interessen der Kriegführung einschneidend die auswärtigen Politik, Kriegserklärungen und Volksernährung u. n. b. d. i. g. t. geboten sind. Innerhalb dieser Schranken wird alle Mitteilungen und Artikel, die Fragen der inneren Politik betreffen, namentlich Verfügungen der Regierung kritisieren, vollständig gemindert. Schließlich hob der Minister die Vorzensur über eine Anzahl von Blättern auf.

Ein Wahlrechts-Mahnruf aus Ungarn

Der alte Wahlrechtsfeind Graf Julius Andrássy schilderte die Lage im ungarischen Abgeordnetenhaus seine Befehring zum gleichen Wahlrecht. Er sagte: „Die Leute, die von der Front zurückkehren, sind nicht mehr diejenigen wie vorher. Ihr Selbstbewußtsein ist gewachsen. Sie fühlen, daß es ihnen zu verdammt ist, daß die Nation weiter lebt. Es ist eine moralische Unmöglichkeit, diese Personen vom gebührenden Einfluß auf das Schicksal des Landes auszuschließen.“

Eine glatte Selbstverständlichkeit! Nur muß Herr von Bethmann sie sofort begreifen.

Frauen als Geschworene

Wien, 10. Juli. (W. I. B.) Der Justizauschuß des Abgeordnetenhauses hat heute seinen Beschluß auf Zulassung von Frauen zum Geschworenentum mit 11 gegen 8 Stimmen umgestoßen.

England

Der harte Militarismus

Gelegentlich einer Demonstration in Shiffy Glen am 24. Juni führte „Snowden laut „Northshire Post“ vom 25. Juni etwa folgendes aus: Unter dem Vorwande, daß dieser Krieg der Befreiung des Menschengeschlechtes, der Ausdehnung der Zivilisation und der Vernichtung des Militarismus gete, werde die Bevölkerung aufgefordert, den Krieg weiter zu unterstützen. Sie gebe Gut und Blut dafür her, aber im eigenen Lande sei eine viel ärgere Form des Militarismus entstanden, als sie irgendwo sonst zu finden sei — dies behauptete er nach reiflicher Ueberlegung. In keinem Lande der Welt sei der militärische Dienstzwang mit solcher Strenge und solcher Unterdrückung der Menschenrechte eingeführt worden, wie dies in Deutschland in 18 Monaten in England geschehen sei. Der Krieg habe England nicht nur den militärischen Dienstzwang gegeben, sondern das Land die bürgerlichen Freiheiten genommen. Vor dem Kriege sei England auf seine Pressefreiheit stolz gewesen, aber heute sehe der Northshires Regierung ein und ab; Lloyd George und seine Kol-

Segen den Luxus

Walter Rathenau, der Herrscher der Berliner Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, hat ein aufsehenerregendes Buch "Von kommenden Dingen" geschrieben.

„Zu Beginn unserer Wirtschaftsepoche galt der Satz: Luxus ruht, denn er bringt Geld unter die Leute.“

Das stimmt zur Not für eine begrenzte Gewerbetätigkeit, die mit äußeren Mitteln angefaßt werden muß.

Wenn ein Römer fünfhundert Sklaven auswandte, um einen seltenen Fisch zu fangen, wenn die Ägypterin ihre Perlen in Wein löste, so mochten sie eine Vorstellung von berechtigtem Aufwand haben.

Die Arbeitsjahre, die der Herstellung einer kostbaren Nadelarbeit, eines gewobenen Schaulücks dienen, sind unwiderrüflich der Bekleidung der Kermissen entzogen.

Wirtschaftlich betrachtet, ist die Welt, in höherem Maße die Nation, eine Vereintigung Schaffender. Wer Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmittel vergeudet, beraubt die Gemeinschaft.

Hier entsteht eine Antinomie (Widerstreit). Alles, was erzeugt wird, vergeht durch Verbrauch. Bestenfalls hat es zur Erzeugung neuer Dinge geführt, die wiederum durch Verbrauch vergehen.

Die Reihenfolge ist es tatsächlich, und zwar die Reihenfolge des Bedarfs, die den Fluß der Begriffe vom notwendigen Verbrauch bis zum trivialen Luxus ordnet.

Ein Lehrbuch des Luxus soll hier nicht gegeben werden, noch eine Kasuistik (Morallehre). Daß auch der Begriff des elementaren und notwendigen Bedürfnisses ein fließender ist, wird nicht bestritten und bleibt ohne Belang.

Ein merkwürdiger Beitrag zur Geschichte Polens und Danzigs enthalte einer unserer Mitarbeiter gelegentlich in der Zeitschrift „Vom Fels zum Meer“.

Selbst unter Geschichtskennern dürfte es wenig bekannt sein, daß der große Schicksalstendener sich mit dem Schicksal des polnischen Volkes beschäftigt hat.

Der 32 Jahre alte Verfasser schildert das Schicksal Polens in knapper, schlichter, formvollendeter Sprache. Daß er den Stoff gründlich beherrscht, beweisen die zahlreichen Quellenangaben.

Als gewissenhafter Chronist beginnt Moltke mit jener Zeit, wo die Geschichtsquellen spärlich fließen. Die Germanen mußten das Land, in dem sie sich auf ihrer Wanderung aus dem Osten sesshaft gemacht haben, gegen nachdrängende tartarische Stämme verteidigen.

In keinem Lande hat der Adel eine solche Bedeutung erhalten, wie im alten Polen. Er war ein ausschließliches Besitz aller politischen Rechte.

Als gewisserhafter Chronist beginnt Moltke mit jener Zeit, wo die Geschichtsquellen spärlich fließen. Die Germanen mußten das Land, in dem sie sich auf ihrer Wanderung aus dem Osten sesshaft gemacht haben, gegen nachdrängende tartarische Stämme verteidigen.

Der Handel befand sich zum größten Teile in den Händen von Landfremden. Dem polnischen Edelmann war es bei Verlust des Adels verboten, Handel zu treiben.

Ertrag als Verschwendung gelten, der den verantwortlichen Staatsmann in die Mitte der Notleidenden führt. Verschwendung ist nicht die notwendige Ausschaltung des Gelfesarbeiters aus täglichen Reibungen und Störungen.

Unserer Betrachtung genügt es, daß eine Reihenfolge der Bedürfnisse gesundem Ermessen faßbar ist; und somit löst sich die Antinomie des Verbrauchs.

Betrachtet man vom Stande dieser Reihenfolge die Erzeugung der Welt, so zeigt ein fruchtbares Erschrecken uns den Ursinn der Wirtschaft. Ueberflüssiges, Nichtiges, Schäßliches, Verächtliches wird in unseren Magazinen gehäuft, unnützer Mobeltand, der wenige Tage lang fester Glanz spenden soll.

Wer im Wirtschaftshaus die unergleichliche Höhe unserer Kulturrepoche gepriesen hat, der möge auf dem Heimwege in die Straßendörfer blicken und sich davon überzeugen, daß unsere Kultur seltsame Begehrlichkeiten pflegt.

Es sei wohl bedacht, daß aus der ersparten Vergeudung unseres Zeitalters die Zukunft Mittel schöpfen kann und wird, um gerechten Wohlstand über alle zu breiten.

Als das nächstliegende Mittel zur Regelung des Verbrauchs erscheint nun ein ausgebehtes, teilweise bis an die Grenze der Prohibition (Verhinderung) getriebenes System von Zöllen, Steuern und Abgaben auf Luxus und übertriebenen Verbrauchsgenuß.

Die Abgaben sind um so höher zu bemessen, je überflüssiger und je kostbarer sich das eingeführte oder erzeugte Produkt darstellt. Man vergesse nicht, daß jede Einfuhr nicht anders bezahlt werden kann als durch Ausfuhr.

Die Besetzung des polnischen Thrones war von der Wahl des versammelten Adels abhängig. Einzelnen Familien gelang es zwar, sich mehrere Generationen hindurch den Thron zu sichern.

Die Lage der polnischen Bauern schildert Moltke wie folgt: Es sei falsch, wenn behauptet wird, der polnische Bauer sei von jeher erb- und eigentümlich untergeben oder gar leibeigen gewesen. Der 200 jährige Zustand der Leibeigenschaft war ein Mißbrauch, dem ein 1000 jähriger besserer Zustand voranging.

Die Bauern wurden einer Willkür preisgegeben, die keine Grenzen fand. Daher die fürchtbaren Bauernaufstände, deren Androhung schon den Adel erzittern machte.

Bei der ungeheuren Kluft zwischen Edelman und Bauer konnte sich kein Mittelstand entwickeln. Auch der Gewerbetreibende fand keinen passenden Boden.

Der Handel befand sich zum größten Teile in den Händen von Landfremden. Dem polnischen Edelmann war es bei Verlust des Adels verboten, Handel zu treiben.

Polen hatte im Jahre 1777 eine Einfuhr im Werte von 47 488 876 polnischen Gulden, eine Ausfuhr im Werte von 29 839 238 polnischen Gulden. Der Ueberfluß Polens bestand in Korn, Weizen, Hafer, Honig, Hanfen, Fische, Pelze und Vieh.

Die ganze Handelsgeschichte Polens beschränkt sich fast ausschließlich auf die Geschichte der Stadt Danzig. Die Bewohner Danzigs waren deutschen Ursprungs, wurden nach deutschen Gesetzen (dem Sachsenpiegel) und durch ihre eigene Verfassung regiert.

Seitdem Polen das Schwarze Meer verloren, war Danzig der vorzüglichste und bald darauf der einzige Hafen, durch welchen Polen mit der Welt verkehrte, und es erreichte eine sehr hohe Stufe von Wohlhabenheit und Bedeutbarkeit.

Danziger Nachrichten

Musik

Jeder Mensch braucht Musik in seinem Leben. Mit seltenen Ausnahmen ist jedes Ohr aufnahmefähig für die Töne des Gesanges und der Instrumente.

Im Park ist Konzert; Alt und Jung strömt hinein wie zu einem Fest. Sie kommen in hellen Kleidern und im einfachen Arbeitsrock. Das Gartenrestaurant nimmt die Einen in Beschlag bei Bier und Kaffee; die Andern sitzen, dicht zusammengebrängt, auf den Bänken der Anlagen.

Das alles fühlen auch die Kermissen unbewußt. Darum zieht es sie dorthin, wo Klänge frei und weit hinschwingen, wo Natur und Kunst zu haben ist, und wo man nicht eingeeengt wird wie im Saal.

* Die ersten Frauen im Berliner Magistrat. In einer nichtöffentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde am Donnerstag je eine Frau in die Deputation für die städtische Krankenanstalten, in das Kuratorium der städtischen Heimstätten, in das Kuratorium für die städtischen Hospitäler, in die Gewerbe-Deputation, in die städtische Stiftungsdeputation, in die Deputation der städtischen Blindenpflege, in die Deputation des Gesinde-Belohnungsfonds und in die Deputation der Schulspeisung gewählt.

* Krankentassen und Militärbehörden. Der Provinzial-Verband schlesischer Ortskrankentassen, der am Sonntag in Breslau seine ordentliche Mitgliederversammlung abhielt, behandelte als wichtigsten Punkt die Frage: Sind die Krankentassen verpflichtet, dem Erlauben der Militärbehörde zu entsprechen und Auskünfte über Krankheitsverläufe einzugeben?

Die Besetzung des polnischen Thrones war von der Wahl des versammelten Adels abhängig. Einzelnen Familien gelang es zwar, sich mehrere Generationen hindurch den Thron zu sichern. Doch wurde stets dagegen Protest erhoben.

Die Lage der polnischen Bauern schildert Moltke wie folgt: Es sei falsch, wenn behauptet wird, der polnische Bauer sei von jeher erb- und eigentümlich untergeben oder gar leibeigen gewesen.

Die Bauern wurden einer Willkür preisgegeben, die keine Grenzen fand. Daher die fürchtbaren Bauernaufstände, deren Androhung schon den Adel erzittern machte.

Bei der ungeheuren Kluft zwischen Edelman und Bauer konnte sich kein Mittelstand entwickeln. Auch der Gewerbetreibende fand keinen passenden Boden.

Die ganze Handelsgeschichte Polens beschränkt sich fast ausschließlich auf die Geschichte der Stadt Danzig. Die Bewohner Danzigs waren deutschen Ursprungs, wurden nach deutschen Gesetzen (dem Sachsenpiegel) und durch ihre eigene Verfassung regiert.

Seitdem Polen das Schwarze Meer verloren, war Danzig der vorzüglichste und bald darauf der einzige Hafen, durch welchen Polen mit der Welt verkehrte, und es erreichte eine sehr hohe Stufe von Wohlhabenheit und Bedeutbarkeit.

Nach dem Urteile Moltkes sind die Ursachen des Verfalls des polnischen Staates: ein übermächtiger Adel, ein kraftloser König, ein Mittelstand, der nicht im Lande wurzelt, und ein Bauernstand, der die große Masse der Nation bildet, aber ohne politische, fast ohne Menschenrechte im tiefsten Elend versunken ist.

Zeitgemäß sind auch die nachstehenden Betrachtungen Moltkes über das Verhältnis der Provinz Westpreußen zu Polen. Nachdem die Polen das Schwarze Meer an Rußland verloren, führten alle ihre Flüsse und alle ihre Verbindungen durch Preußen (Ost- und Westpreußen).

Dieser Jugendarbeit des Generalfeldmarshalls ist noch eine andere vorausgegangen. Ein Jahr vorher, im Jahre 1831, erschien von ihm eine andere Schrift, und zwar „Sollan und Belgien in gegenseitiger Beziehung“.

ist verpflichtet, Auskunft über die Gesundheitsverhältnisse von Kohlenmitgliedern, die sich im Meeressdienst befinden, zu geben, mit Ausnahme, wenn das Mitglied keine Zustimmung gegeben hat, über sein persönliches Interesse hierdurch gefährdet ist. Eine unbedingte Offenbarung liegt dann nicht vor, wenn das Interesse des Mitgliedes nicht gefährdet ist und wenn es ausdrücklich seine Zustimmung erteilt hat.

Die Danziger Wohnungsnot

Wir haben in den letzten Nummern ausführlich darüber berichtet, in welcher verheerender Weise die Danziger Hausbesitzer gegen die Maßnahmen der Kommandantur in der Wohnungsfrage vorgegangen sind. Sie scheuten sogar vor einem Streik der Hauswirte nicht zurück. Dieses gewissenlose Treiben der Hausbesitzer ist für die Danziger Bevölkerung um so gefährlicher, als hier leider schon seit Jahrzehnten Wohnungsverhältnisse herrschen, die man zu den schlechtesten von ganz Deutschland rechnen darf. Durch den Krieg sind die Wohnungsverhältnisse in Danzig noch viel schwieriger geworden und beim Frieden droht eine unübersehbare Wohnungsnot. Um dieser Gefahr zu begegnen, hat der Magistrat der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, von der leider nähere Angaben bisher in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden sind. Derselben Stadtverordnetenversammlung liegt auch eine Einladung des hiesigen Mietervereins vor, in der ein vorbeugendes Eingreifen der Stadt gefordert wird. Leider sind die Forderungen des Mietervereins höchst ungenügend und zum Teil sogar schädlich. So fordert die Eingabe Errichtung von Baracken und Schuppen als Wohnungsverhältnisse. Ferner soll ein Plan entworfen werden zur Errichtung von Kleinwohnungen und Arbeiterkolonien. Hierbei wird leider gewünscht, daß man auf Pflasterung von Straßen, Kanalisation und Zierat verzichten möchte. Zu solcher Behauptung liegt wirklich keine Veranlassung vor. Die Wohnungsverhältnisse der Danziger Arbeiterklasse sind leider bisher schon so überaus dürftig und mangelhaft, so daß man im Interesse der Volksgesundheit nur dringender fordern kann, daß auch beim Bau von Arbeiterwohnungen hier in Danzig endlich nach modernen Grundsätzen verfahren wird. Bedauerlich ist es, daß auch bei Behandlung dieser Materie die Arbeiterklasse im Rathause unvertreten ist.

Die bedrückende Rechtsauffassung über die Mietssteigerungen

Die Frage, welches Recht insbesondere Kriegervfrauen gegenüber rückfälligen und profitgierigen Hausbesitzern zusteht, wird jetzt in der Zeit der Mietssteigerungen, vielfach aufgeworfen. Auf Erkundigungen an der zuständigen Reichsstelle erhielt ein Mitarbeiter des „Berl. Volksw.“ folgende Aufklärung über die Rechtsauffassung der Reichsbehörden: In der Tat ist eine rechtswirksame Kündigung auch gegen Kriegervfrauen möglich, wenn, wie sehr häufig in Berlin, die Beträge von der Ehefrau mitunterzeichnet sind. Trotzdem seien aber solche Kündigungen praktisch wertlos, weil Räumungsklagen gegen Kriegsteilnehmer (nach der Bundesratsverordnung vom 4. August 1914) auch dann nicht durchgeführt werden können, wenn eine rechtsgültige Kündigung vorliegt. Die Räumung könne also bei Kriegervfrauen und Kriegervfamilien vom Hausbesitzer nicht erzwungen werden. Erfolgende Kündigungen bringen auch dem Hauswirt die Gefahr, daß die Gemeinden denen den Mietszuschuß kürzen oder ganz verweigern. Die Gemeinden sind auch sonst in der Lage, mit Hilfe der Mietvereinigungen die Kriegervfamilien in Schutz zu nehmen und sie zu begünstigen.

In Meriburg und Würzburg wurde durch Zeitungsmitteilung der Finanzverwaltung folgende Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos bekanntgegeben:

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird verboten, Zwangsversteigerungsurteile, welche die Räumung von Mietwohnungen am 1. Juli zum Gegenstande haben, durchzuführen, sofern nicht der Mieter ein angemessenes Unterkommen gefunden hat. Umänderungen werden gemäß § 9b des Verleumdungsgesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei vorliegender mildernden Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis 1000 Mark bestraft.

Helle Tage

Das ist ja weilen an einem Tag:
Der Seele mach' die Schwingen,
und wie im Traum, halb bewußt,
siehst's leise an, durch keine Brust
wie fernes Liderröten.

Das ist ja weilen an einem Tag:
Die dumpfen Stimmen schweigen,
und all dein Groll wird mild und kumm,
und lauchend löst's um dich herum
wie feig klingende Geigen.

Das ist ja weilen an einem Tag:
Wenn dröhnend die Hämmer tönen,
da heßt nicht Kampf und Rote wehr,
aus jedem Schlag, heiß und schwer,
hört Stagesglocken da hellen.

Das ist ja weilen an einem Tag:
Die Hoffnung zerbricht die Schranken
und nimmt dich lächelnd bei der Hand
und führt dich in des fernsten Land
in jeder Glucksgegend.

Ernst Brechtang

Kleines Feuilleton

— Heber das Leben und Treiben auf den deutschen Kaiserbooten machte Kapitänleutnant Frhr. v. Forstner vor den Besatzungsmitgliedern bekannt, denen wir folgendes entnehmen: Das U-Boot konnte erst zu einer wirklichen Waffe ausgebaut werden nachdem es gelungen war, einen Motor zu schaffen, der mit benzolhaltigen Ölen und Petroleum betrieben war. Die mecklenburger Unfälle, welche unsere jetzigen Gegner bei ihren U-Booten erlebten, waren fast ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Motoren mit leichten Ölen wie Gabel Benzol betrieben wurden. 1907 gelang es uns, einen solchen benzolhaltigen Motor zu schaffen und damit das erste U-Boot's des U. 17 als selbständiges Tauchboot in Dienst zu stellen, dessen Top sich bis heute noch glänzend behält. Bis heute ist in unserer Marine nur ein Betriebsunfall vorgekommen, der aus dem Motor in Zusammenhang stand. Er betraf

Bestimmungen für Kinder

In der letzten Sitzung des großen Arbeiterausschusses hat der Magistrat eine Neuordnung der Brotregelung für Kinder in Aussicht gestellt. Diese Neuordnung ist jetzt erlassen und erstreckt sich zuerst auf die Kinder im Alter bis zu zwei Jahren. Für diese wird in Zukunft eine besondere Karte herausgegeben, die für 7 Tage berechnet ist und zum Bezug von 750 Gramm Brot oder Zwieback oder 575 Gramm Wehl berechtigt. Außerdem können für dieselbe Karte noch 500 Gramm Mehl oder die gleiche Menge Haferflocken oder Gerst und 100 Gramm Zucker bezogen werden. Säuglinge bis zum Alter von 6 Monaten, die bisher eine Brotkarte nicht erhielten, werden künftig mit Brot oder Wehl versorgt und erhalten einen Zuschuß an Zucker. Kinder im Alter von 2 bis 4 Jahren, die bisher eine Kinderbrotkarte erhielten, haben jetzt auf eine Vollbrotkarte Anspruch. Mit dieser Regelung ist ein schon lange bestehender Mißstand zu Gunsten unseres Nachwuchses beseitigt worden.

Brot als Kartoffeleratz

Da Kartoffeln noch immer nicht in ausreichender Menge vorhanden sind, gibt der Magistrat außer den bereits bekanntgegebenen Ersatznahrungsmitteln weitere 200 Gramm Brot als Ersatz für fehlende Kartoffeln. Diese 200 Gramm Brot werden gegen Abgabe der linken Hälfte des Stammes der Kartoffelkarte oder der Kartoffelzusatzkarte ausgegeben. Die rechte Hälfte mit dem Firmenstempel des Kartoffelhändlers und der Kundennummer ist sorgfältig aufzubewahren, da nur gegen ihre Rückgabe die neue Kartoffelkarte ausgehändigt wird.

Brotherstellung

Schon wiederholt haben wir auf die unwirtschaftliche Kleinbäckerei hingewiesen und empfohlen kleine Bäckereien zu einer großen Bäckerei zusammenzuliegen oder was noch besser ist, große kommunale Bäckereien einzurichten. Zu diesem Thema schreibt uns der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen:

Obgleich die Brotherstellung in tausenden von Kleinbäckereien unwirtschaftlich ist und eine jetzt doppelt bedenkliche Kohlenverschwendung mit sich führt, ist ein Eingriff von maßgebender Stelle nicht zu erwarten. Die Regelung der Brotbäckerei soll den Kommunalverbänden überlassen bleiben. Ueber eine solche in Trier mit Erfolg durchgeführte Regelung berichtet Dr. Lenz: „Nach den bisherigen Erfahrungen haben sich die Erwartungen, die auf die Betriebszusammenlegung gesetzt wurden, in jeder Weise erfüllt. Der Kohlenverbrauch stellt sich bei dem zuerst eingerichteten und daher am längsten beobachteten Betriebe für je den Sack Mehl auf 57,4 Pfund und beträgt somit weniger als die Hälfte der von den Bäckern bisher angeforderten und als unumgänglich notwendig bezeichneten Menge. Auch der Mehlerverbrauch hat sich durch die schärfere Heberwachung und die vorgeschriebenen genauen Buchungen einschränken lassen. Aus dem Doppelzentner Mehl wurden nahezu 67 vierpfündige vollgewichtige Brote gebacken, während früher bei vielfachem Mindergewicht die Bäcker keine 66 Brot ausbacken konnten. Ebenso hat die Güte des Brotes sich wesentlich gebessert. Das Publikum bevorzugt die städtischen Verkaufsstellen so, daß deren Belieferung zuerst tageweise künstlich zurückgehalten werden mußte, um die noch nicht angeschlossenen Betriebe bis zu völliger Durchführung zur erforderlichen Brotzeit zu bringen, daß nur mindestens 3 Tage altes Brot an die Verkaufsstellen abgegeben wird, während früher die Bäcker zur Steigerung ihres Umsatzes jedes ihnen abgeforderte Brot verkauften, auch wenn es noch ganz frisch war.“

Diese sehr beachtenswerten Feststellungen sollten auch die Danziger Stadtverwaltung veranlassen, auch auf diesem Gebiete aus der bedauerlichen Reserve herauszutreten und einen ersten Schritt nach der angezeigten Richtung hin zu tun. Damit würde besseres Brot und eine größere Wirtschaftlichkeit bei der Brotherstellung erzielt werden, was die Bevölkerung sicher mit Freuden begrüßen würde.

„U. 3“, und auch dieser forderte verhältnismäßig geringe Opfer: drei Mann. Nicht zu vergessen ist, daß gleichzeitig mit der Fertigstellung des ersten tauchbaren U-Bootes auch das Hebeschiff „Bullant“ in Dienst gestellt wurde, welches erstmalig bei dem Unfall von „U. 3“ mitwirkte und dem die Rettung der dortigen Mannschaft 28 Personen, gelang. Seitdem hatte das Hebeschiff keine Gelegenheit mehr, in Tätigkeit zu treten. Frhr. v. Forstner schickte dann die Einrichtung des U-Bootes, in dessen engem Kabinen sich die Räume für den Kommandanten, die Offiziere und Unteroffiziere und Mannschaften befinden. Zwischen ihnen ist in dem Maschinenraum jedes Winkelchen und Ecken zuzeiten mit Torpedos und Granaten ausgefüllt. Letztere werden sogar von den Mannschaften mit in die Kojen genommen, um nur Platz zu schaffen. Während des Dienstes tritt nur die Wache in Tätigkeit, die ganze übrige Mannschaft benutzt die freie Zeit ausschließlich zum Schlafen. Gleiche Kost gemeinen Offiziere und Matrosen. Jede Unterhaltung im Schiff wird von allen Leuten gleichmäßig vernommen. Gebenmisse gibt es nicht. So bringt das Zusammenleben im engen Raum — man denke an die Refordfahrten von 55 Tagen — jenes kameradschaftliche Vertrauensverhältnis zustande, welches die Voraussetzung für unsere Erfolge bleibt. Die Mannschaft ist fast ausschließlich unter Deck, und es gibt Leute, die während der ganzen Fahrt nicht einmal die Sonne sehen. Auf der Kommandobrücke dürfen sich nur die allernötigsten Leute aufhalten, damit beim Untertauchen des Bootes keinerlei Schwierigkeiten entstehen. Die Luft im Innenraum ist wohl für einige Stunden durchaus erträglich. Aus großen Flaschen wird der benötigte Sauerstoff, je nach der Anzahl der vorhandenen Mannschaften, in den Raum gelassen. Oft freilich muß die fehlende Menge durch andere Chemikalien ersetzt werden, und es ist schon vorgekommen, daß die Mannschaften in heiserer Not bis in den Torpedos enthaltene komprimierte Luft eingesogen hat, bis das Boot wieder an die Oberfläche gelangen konnte. Der Redner durchlief die Schuderung mit einer großen Anzahl von Einzelerlebnissen. Sobald nur eine Mannschicht von der Brücke eines U-Bootes gelichtet wird, taucht das Boot unter und sucht nun das Schiff durch das Periscope zu finden. Oft vergehen Stunden größter Spannung, ehe das Boot wieder an die Oberfläche gelangt.

Sand statt Kartoffeln

Die beschämende Vorkommnisse im vergangene Jahre mit der „Deutsche Tageszeitung“ wiederholt dafür das Frühkartoffeln mit der anhaltenden Erde verbunden. Sie sucht diese Forderung damit zu begründen, daß Schale der Frühkartoffeln „empfindlich“ sei, um nach einer gewissen Reimigung nach einem längeren Transport zu tragen. Darüber mügen sich unvoreingenommene Sachverständige der Reichsstellungsstelle maßgebend äußern. Zwischen bleibt es stark auffällig, daß diese Empfindlichkeit so viel stärker als in Friedenszeiten in den Vordergrund gerückt wird. Ist der Versand der Kartoffeln mit allem Drum und Dran wirtschaftlich nötig, so darf er nur gegen entsprechende Schadloshaltung gestaltet sein, und zu deren Feststellung energische Beauftragte nötig. Auf keinen Fall aber darf von Hasbucht diktierte Mißwirtschaft wieder soweit gehen, schließlich sogar der Verbraucher noch 10 Prozent Sand in Kartoffeln längst verloren haben. Dem letzten Endes kommt es auf dasselbe hinaus, ob die Hausfrauen 10 Prozent verfaulter Kartoffeln oder die gleiche Menge Erde in Kauf nehmen müssen. Nur liegt der zweite Fall insofern schlimmer, als er zunächst gewissenlosen Verladern Gelegenheit zu unehrlichem Verdiensten bietet.

Änderung im Rindfleischverkauf

Der bisherige Verkauf von ausgeknöcheltem Rindfleisch ist aufgehoben. Rindfleisch wird bis auf weiteres mit Knochen verkauft werden. Daß damit eine Preisänderung verbunden ist, war zu erwarten. Die Änderung im Rindfleischverkauf hat für die Verbraucher einen wesentlichen Nachteil. Bisher betrug die Knochenbeigabe nur 20 Prozent. Jetzt muß jeder bis zu 30 Prozent Knochen annehmen. Das bedeutet für eine fünfköpfige Familie einen wöchentlichen Fleischverlust von 250 Gramm, für den es leider keinen Ersatz geben wird.

Regelung der Kohlenversorgung

Die schon lange erwartete Regelung der Kohlenversorgung steht nunmehr in naher Aussicht. Die Stadt hat eigenes Brennstoffamt eingerichtet, dem die Verteilung für die Regelung obliegt. Die Stadt gibt sich große Mühe, die erforderlichen Kohlenmengen heranzubekommen. Sie hat zwei Holzkäufe abgeschlossen und im Brückchen Bruch eine eigene Torfgewinnungsanlage in Betrieb genommen. Durch die Hilfsmittel soll die Versorgung mit Hausbrand wesentlich gefördert werden.

Die Regelung ist so gedacht: Zunächst soll für den nötigen Küchenbedarf in der Weise gesorgt werden, daß jeder Haushalt auf die Hauptkarte je 2 Zentner Kohlen und 2 Kiepen Holz erhält. Der Bedarf ist bei einem in der Nähe wohnenden Kohlenhändler anzumelden. Weiter wird ein Drittel der Jahre 1915/16 gebrauchten Heizung geliefert werden. Die Händler wird die Verpflichtung auferlegt, einen Teil ihrer Vorräte zum Kleinverkauf zur Verfügung zu halten. Die Verteilung wird in Bälde erscheinen. Es fehlen nur noch die erforderlichen Kohlenmengen, die hoffentlich nicht ausbleiben werden.

* Keine reifen Erbsen zu Gemüsekonserven. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat in einer Verordnung die gewerbsmäßige Verarbeitung reifer Erbsen zu Gemüsekonserven und die gewerbsmäßige Herstellung von Gemüsekonserven mit Feitzusatz verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen belegt.

Befähigung der Großküche auf dem Schlachthof

Der große Arbeiterausschuß besichtigte am Sonntag, den 8. Juli, die Großküche, die Wurstmacherei und die Schweineanstalt auf dem Schlachthof. Ueber die Einrichtung haben wir in unserm Bericht über den westpreussischen Städtetag die erforderliche gelagt. Seit der Zeit ist keine wesentliche Veränderung erfolgt. Das Essen, es gab Erbsen, hat allen Teilnehmern vorzüglich gemundet. Es ist anzunehmen, daß diese Befähigung manches Vorurteil über die Einrichtung beseitigt hat wird. Aufgefallen ist aber allgemein, daß die Leiterin der Großküche, unsere Genossin Lenz, dort nicht tätig war. Sie ist etwa auch von ihrem Amt „suspendiert“ worden wie Herr Klawitter? Bei dem letzteren war das nach den von uns ausführlich besprochenen Vorgängen nicht anders zu erwarten.

All-Kleiderstube

Eine Sammelleiste für getragene Kleidungs- und Wäsche und getragene Schuhwaren ist für den Kreis Danziger Höhe in Emmaus errichtet und dem Fräulein Melcher übertragen worden. Die Annahme erfolgt Dienstag und Freitag von 9—11 Uhr vormittags; der Verkauf Montag und Donnerstag von 9—11 Uhr vormittags.

Die Annahmestelle für Bekleidungsstücke wird sowohl für die entgeltlich als auch für die unentgeltlich abgelieferten Bekleidungsstücke Empfangsbekleidungen ausstellen und die den Ablieferern zustellen. Der Wert der entgeltlich abgegebenen Bekleidungsstücke wird durch eine Kommission geschätzt und dem Betrag dem Ablieferer gezahlt werden.

Im Interesse der Käufer alter Kleidungsstücke wäre richtiger gemein, die Verkaufszeiten auch auf den Abend auszudehnen.

Falsche Angaben über vorhandene Bekleidungsstücke sind strafbar. Zur Streckung der vorhandenen Vorräte an Bekleidungs- und Stridwaren einerseits und Schuhwaren andererseits sind von der Reichsbekleidungsstelle am 27. März 1917 neue Richtlinien für die Erteilung von Bezugsscheinen aufgestellt worden. Wer die Ausfertigung eines Bezugsscheines beantragt, muß zunächst angeben, wieviel Bekleidungsstücke der beantragten Art er besitzt. Für die Angaben werden Bordruck ausgegeben. In dem Bordruck ist der Vermerk enthalten, daß vorzüglich unwahre oder unvollständige Angaben mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft werden. Dieser Vermerk wird von jedem unterschrieben, der einen Antrag auf Ausfertigung eines Bezugsscheines stellt. Trotzdem sich jeder weiß, welche Strafen ihm drohen, wenn er falsche Angaben macht, sind leider in letzter Zeit viele falsche Angaben bei der Bekleidungsstelle der Stadt eingereicht worden.

Den. Da Warnungen nichts helfen, wird in Zukunft in
scharfer Weise vorgegangen werden. In einem Falle ist
bereits Strafangelegenheit bei der Staatsanwaltschaft erstattet
worden.

Häfer-Mehrpriest. Die der Heeresverwaltung erteilte
Ermächtigung zur Bezahlung einer besonderen Vergütung
von 100 Mt. pro Tonne Häfer, der aus den belassenen
Mengen freiwillig abgeliefert wird, läuft am 15. Juli
ab. Für Häfer aus der Ernte 1916, der erst nach
dem 15. Juli abgeliefert wird, kann in allen Fällen nur
mehr der Höchstpreis gezahlt werden. Landwirte, die aus
den ihnen belassenen Mengen noch freiwillig Häfer abliefern
wollen, muß daher dringendst nahegelegt
werden, dies sofort zu tun. — Auch bezüglich der
nach zu bewirkenden Versteigerungen ist Bescheinigung
geboten, da die Zuschläge, die bisher von der Reichsgersten-
gesellschaft bezahlt wurden, voraussichtlich auch in nächster
Zeit in Wegfall kommen.

„Werte aus Jerusalem.“ Das interessante Problem
bei dem heutigen Stoff- und Materialmangel, Kleidungsstücke
und Schuhe aus wertlos scheinenden Resten, Abfällen und ver-
schlungenen, abgetragenen Kleidungsstücken kostenlos sich selber
herzustellen, löst eine Ausstellung, die Frau Magde Saab-
erliger im Bürgercafé des Berliner Rathauses eröffnet hat.
Sie das gemacht werden kann, beweißt sie an mehr als 500
abgefertigten Gegenständen. Sie zeigt die ganze Kleidung
von Hut bis zum Stiefel. Man sieht da ein modernes Kostüm
aus 17 Tüchlein, 42x45 Zentimeter groß, solche Blusen aus
alten Regen- und Sonnenschirmen, einen eleganten Morgenrock
aus einem alten Abendmantel, aus Musterproben, Spitzen- und
Seidenresten hübsche Rissen, Beutel und Taschen. Das groß-
artigste ist eine Sammlung von 80 Paar Schuhen, vom Puppen-
schuh und Kinderstiefel bis zum Pantoffel und hohen Damen-
stiefel.

Der Einheitsstiefel kommt. Wie aus den Verhand-
lungen des Verbandes Deutscher Schuhwarenhändler hervor-
geht, der dieser Tage in Berlin seine Tagung abhielt, muß sich
Publikum bald mit der Einführung des Einheitsstiefels
vertraut machen. Die Dinge liegen jetzt so, daß von 300 bis
400 deutschen Schuhwarenfabriken nur noch 10 Prozent Leder
und 90 Prozent Ersatzstoffe verarbeitet werden. Derbe Wirt-
schaftsnot und die Holzsole werden also die Bestandteile des
Zukunftstiefels sein, mit dessen Einführung schon für die nächste
Zeit zu rechnen sein soll.

Der Wucher mit Emailgeschlirren
nimmt einen enormen Umfang an, ohne daß vom Reich etwas da-
gegen unternommen wird. Das ist ein unhaltbarer Zustand, und es
dringend notwendig, daß etwas geschieht, diesem empörenden
Wucher mit dem gebotenen Nachdruck auf den Leib zu rücken. Dazu
steht verdoppelte Veranlassung, weil die Behörden so großen Wert
auf legen, alles Aluminium aus den Haushaltungen zu bekommen.
Ehe viele Aluminiumgegenstände sind angeschafft worden als Ge-
schirr für Geschirre aus Messing und Kupfer. Man konnte damals noch
nicht annehmen, daß der Krieg auch das Aluminium fressen würde.
Wahrscheinlich der Preis für Aluminium ein hoher. Aber er konnte trotz-
dem nicht zur Ablieferung verlocken, wenn für Ersatzgeschirre so
höchstens hohe Preise gezahlt werden müssen, die in den Pro-
duktionkosten nicht begründet sind. Die örtlichen Stellen sind diesem
Wucher gegenüber machtlos; das Einschreiten muß vom Reich aus-
gehen. Aber die Stellen, die Eingreifen sollen, sind so weit und
auf dem Weg zu ihnen gar lang!

Das Aluminium mußte abgeliefert werden; wer es zurückhält,
müßte sich strafbar. Um so mehr kann verlangt werden, daß die Be-
höörden, die solchen Zwang ausüben, ihre Machtmittel auch nach der
anderen Seite hin in Anwendung bringen. Ganz besonders in der
Zeit der Knappheit an Gas und anderen Heizmaterialien. Es gibt
gekennzeichnete Geschirre, bei deren Verwendung sich viel an Heiz-
öl sparen läßt. Wer kann sich aber diese wirtschaftlichen Ein-
richtungen beschaffen? Ein kleiner Teil der Bevölkerung nur vermag
sich die Mittel zur Fristung des teuren Lebens und muß die Heizstoffe
weiter verschwenden, weil die Profitmacher die Preise für die Email-
geschirre ungehindert so enorm in die Höhe treiben konnten.

Höchstpreise für Spinnpapier.
Am 10. Juli ist eine Bekanntmachung (Nr. W. III. 700/5.
R. R. A.), betreffend Höchstpreise für Spinnpapier aller Art
wie Papiergarne und -bindfäden erschienen, durch die die
Höchstpreise für die bezeichneten Gegenstände in Kraft gewesenen
Bestimmungen der Bekanntmachung Nr. W. III. 4700/12. 16.
R. R. A. abgeändert werden. Die neue Höchstpreisbestimm-
ung enthält wesentliche Änderungen gegenüber der bisher
geltenden. Die sich nicht nur auf die Höhe der
Preise beziehen. Insbesondere sind die Höchstpreise abgestuft,
nachdem die Veräußerung durch den Hersteller oder durch
den Händler erfolgt.
Die Bekanntmachung enthält außer 2 Preistafeln eine
Reihe von Einzelbestimmungen. Ihr Wortlaut ist bei
Landrats-Ämtern, Bürgermeister-Ämtern und Post-
behörden einzusehen.

Höchstgewichte der Zigaretten. Durch Bundesratsver-
ordnung vom 28. 6. werden Höchstgewichte für Zigaretten fest-
gelegt. Das Tabakvollgewicht d. h. jenes Gewicht, daß dem
Herstellungsvorgang zu Grunde gelegt wird, darf für je 1000
Zigaretten mit Hohlmundstück 650 Gramm, bei Ziga-
retten ohne Hohlmundstück 1000 Gramm nicht übersteigen.
Ermäßigungen kann der Reichsanwalt zulassen. Die Festsetzung
der Höchstgewichte dient der Strickung der Vorräte
an Zigaretten und Tabak, die bei den spärlichen Zufuhren an Roh-
stoffen geboten ist.

Bestrafte Schuhwarenfabrikanen. In Berlin ist ein Ueber-
wachungsamt der Schuhindustrie, dem die Aufsicht über sämtliche
Produktionsbetriebe unterstellt, gebildet worden. Dem Wuchschuß ist
Recht eingeräumt worden, Verhältnisse zu ändern, die Schuhfabri-
ken gegen die gesetzlichen Bestimmungen sich zuwenden kommen
lassen. Der Ueberwachungsamt hat von dieser Befugnis bereits
Gebrauch gemacht. Er hat eine bedeutende Fabrik
für die Dauer eines Jahres deshalb von dem Gewinn ausschließen
lassen, weil die Fabrik Ledermengen, die sie für Militärschuhwerk
bestimmt, zu anderen Zwecken verwendete hat. Die ausgesprochene
Strafmaßnahme hat für die Firma einen Verlust von ungefähr 60 000
Marken bedeutet. Verschiedene Fabrikanen, die beschlagnahmtes
Leder verkaufen, ebenfalls für die Dauer eines Jahres von dem

Gewinn ausgeschlossen. Eine Fabrik, die die ihr zugeteilte Lederart
abänderte, wurde auf ein halbes Jahr von dem Gewinn ausge-
schlossen. In ähnlichen Fällen würde außerdem die Strafverfol-
gungsbehörde mit der Sache befaßt.

Eine Bekehrung. Es kommt leider häufig vor, daß
Hausfrauen, die es sich leisten können, dem wucherischen Ver-
halten gewisser Gemischtwandler durch Ueberbieten Vorschub
leisten. Ein solcher Fall, bei dem der Betreffenden eine wohl-
verdient handgreifliche Bekehrung zuteil wurde, hat sich auf
dem letzten Wochenmarkt in Friedenau abgespielt. Dort hatte
sich eine Frau eben Kohlrabi für 2,75 gekauft und war im Be-
griff zu zahlen, als eine hinter ihr stehende „Dame“ der Ver-
käuferin zuzief: „Ueberlassen Sie mir den Kohlrabi, ich zahle
Ihnen 3 Mt.“ Die Käuferin wandte sich blitzschnell um und
verabschiedete ihrer „Nebenbuhlerin“ links und rechts ein paar
schallende Ohrfeigen, wobei sie ihr die nötige Bekehrung zu-
teil werden ließ. (B. 183)

Aus Westpreußen

Der Sozialdemokratische Verein in Ohra
hielt Dienstagabend eine gut besuchte Mitgliederversammlung
ab. Genosse Schmöde gab den Kasienbericht. Die Einnahme
betrug 67,60 Mt. Obwohl eine Anzahl Genossen zum Heeres-
dienst einberufen ist, hat sich die Einnahme und Mitgliederzahl
erhöht. Es sind 24 Preßfondsmarken verkauft worden. Ge-
nosse Gehl sprach über den deutschen Parteitag. Redner er-
wähnte seinen Vortrag. Er berichtete über interessante, bis-
her unbekannt Einzelheiten der Stockholmer Tagung. Dann
sprach er über die politische Lage. Was die bürgerliche Presse
darüber bringt, sind meist Vermutungen und Gerüchte. Nur we-
nige Personen wissen, was wirklich vorgeht, und diese bewahren
darüber Stillschweigen. Die Versammlung war mit ihm einig,
daß das Reichstagswahlrecht für Preußen und die Demokrati-
sierung Deutschlands jetzt unbedingt eingeführt werden müssen.
Der Vorstand wurde der Vorschlag gemacht, gemeinsam
mit Danzig-Stadt den deutschen Parteitag zu beschicken. Die
Versammlung lehnte den Vorschlag ab. Der Wahlkreis Danzig-
Land soll durch einen eigenen Delegierten auf dem Parteitag
vertreten sein. Als Kandidat wurde Genosse Gehl aufgestellt.
Wenn die übrigen Bezirke keinen Widerspruch erheben, gilt er
als gewählt. Um die Kasse nicht zu stark zu belasten, sollen Sam-
mellisten herausgegeben werden. Auf Wunsch der anwesenden
Genossen wurde sofort eine Sammlung vorgenommen. Sie er-
gab den hohen Betrag von 40,50 Mt. Das ist ein schöner Be-
weis für die sozialdemokratische Opferwilligkeit und den Idealis-
mus der Ohraer Genossen und Genossinnen.

Der Bericht über den Westpreußischen Parteitag wurde
von der Versammlung entgegengenommen. Unter „Ver-
schiedenes“ fand eine lebhafte Aussprache statt über Gemeinde-
angelegenheiten. Die Versorgung mit Kohlen für den kommen-
den Winter erregt Besorgnis. Es sind Ohra zwar 40 000 Zent-
ner Kohlen versprochen worden. Aber was ist den
Einwohnern von Ohra nicht schon alles ver-
sprungen worden. Wir glauben nicht eher daran, bis
daß wir die Kohlen in Besitz haben.

Ohra, Brozmafaktoren erhält bei der nächsten Ausgabe
von Brozarten nur derjenige, der das neue Formular ausge-
füllt und vom Arbeitgeber unterstempelt, abgegeben hat. Wer
solch einen Fragebogen noch nicht hat, hole ihn vom Gemeinde-
amt.

Elbing, 8. Juli. Brückenbrand. Auf bisher noch nicht
aufgeklärte Weise brach Sonntag nachmittag gegen 4 1/2 Uhr im
Unterbau der hohen Brücke, die im Zuge der Brückenstraße über
den Elbingfluß führt, Feuer aus. Da die Brücke aus Holz erbaut
und mit Leer gefüllt ist, griff es sehr schnell um sich. Nach Ein-
treffen der Feuerwehr war die Hauptfrage darauf gerichtet, das
Material- und Schankgeschäft von Koch Nachf. zu schützen. Dieses
Geschäftshaus steht unmittelbar an der hohen Brücke. Der hölzerne
Anbau desselben sagte bald Feuer, das auch durch die Balken bereits
in das Gebäude drang. Auch das Dach war bereits angebrannt.
Der städtischen Feuerwehr ist es zu danken, daß dieses Gebäude nicht
erheblich beschädigt wurde. In großer Gefahr befanden sich auch
die Fahrzeuge im Elbingfluß südlich der Brücke. Infolge Durch-
brennens der elektrischen Stromleitungen brach gleichzeitig in dem
benachbarten Hause Wasserstraße 53 ein Brand aus. Auch hier
glückte es, das Feuer im Keime zu erlöschen. Die hohe Brücke wurde
durch das Feuer im Laufe einer Stunde soweit zerstört, daß der öst-
liche Teil einstürzte.

Elbing, 9. Juli. Eine weitere Ermäßigung der Wurstpreise
hat der Magistrat vorgenommen. Nach den neuen Preisen stellt sich
jeht der Preis der Wurst zweiter Sorte auf 20 Pf. (in
Franzbräun), erste Sorte auf 1 Mt. und Schlammwurst auf 40 Pf. Für
Fleisch- und Leberwurst wird von nun an das Pfund mit 1 Mt. in
Rechnung gestellt.

Elbing. Die Polizeiverwaltung hat den Gewerbebetrieb des
Kohlenhändlers Fritz Bähr, Johannstraße 22, dauernd ge-
schlossen. Er hat ohne Rücksicht auf die magistratischen Anordnungen
Kohlen ganz ohne Marken oder in größerer Menge als zulässig war,
verkauft.

Marienwerder, 7. Juli. In einer Versammlung der Spender
zum Bismarckdenkmal wurde beschlossen, den bisher gesammelten
Baufonds in Höhe von 17 000 Mt. der Stadt Marienwerder für die
Gründung von Kleingartenanlagen zur Verfügung zu stellen unter
der Bedingung, daß die Kleingärten-Kolonie den Namen „Bismarck-
gärten“ führen und mit einem Bismarckstein geschmückt wird. — Die Abende-
rung ist lobenswert.

Gewerkschaftliches

„Das verdammte Hilfsdienstgesetz.“
Vor einigen Tagen sind in Köln im „Kasino“ eine nicht-
öffentliche Besprechung von Großindustriellen statt. Nach einem
Vortrage des Redakteurs Juhl von der „Kölnischen Zeitung“ unter-
hielt man sich u. a. über den Rückgang der Kohlenförderung. In der
Aussprache rief der bekannte Geheimrat Duisberg, der auch an der
Köln-Verschwörung beteiligt war, aus:
„Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter ist 20 Prozent geringer
als im Frieden, die Ursachen sind aber keineswegs Ernährungs-
mangel, sondern das Hilfsdienstgesetz. Das verdammte
Hilfsdienstgesetz muß aufgehoben werden, und zwar sofort, damit
die Agitation aufhört und wieder Ordnung in die Fabriken kommt.
Dann wird auch die Produktion wieder steigen.“
Diesem Patrioten war die Entdeckung über die Ursachen der
Produktionsrückgang vorbehalten: das Hilfsdienstgesetz, das sie
steigern sollte, ist schuld daran. Während die „unabhängigen“ politi-
schen Antipoden dieses Herrn Großindustriellen das Hilfsdienstgesetz
als eine Anhebung der Arbeiter bezeichnen, wird von ihm keine
Abkündigung förmlich verlangt, weil es nach seiner Meinung zur
Verloderung der Produktion führt. So ziehen auch hier die Gegen-
sätze einander an. (B. 182.)

Hilfsdienstgesetz und Tarifvorschrift
Die „Kölnische Zeitung“ schildert im Leitartikel ihre
neuesten Nummer, wie es den Arbeitnehmern stets unmöglich gewese-
sel, einen Tarifvertrag für Preußen durchzusetzen, bis das Kriegs-
amt ins Leben trat. Dank den Bemühungen der im Reichstags-
gebäude sitzenden Mitglieder der Generalkommission der Gewerkschaften
der Chef des Kriegsamts für diese Bestrebungen gewonnen worden
und am 17. Juni wurde der Reichstagsvertrag unterzeichnet, der
den Neunstundentag und Mindest-Wochenlöhne zwischen 50 und
72 Mt. je nach der Distrikte festsetzt. Frauenarbeit wird der Männer-
arbeit gleichgestellt. Ein Tarifamt in Berlin wacht über die Durch-
führung des Vertrages, hinter dem auch die Macht des Kriegsamts steht.
Denn das Kriegsamts ist nicht gewillt, den Unternehmern zu
gestatten, sich den Verpflichtungen der Verträge willkürlich zu ent-
ziehen, die unter Mitwirkung des Kriegsamts abgeschlossen sind. Es
hat sämtlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im
Berliner Bauwerke mitgeteilt — durch Schreiben vom 16. Juni
1917 — daß das Kriegsamts entscheiden Wert darauf lege, daß die
Tarifverträge in allen ihren Teilen auf das Genaueste innegehalten
werden. Die beruflichen Organisationen könnten darauf rechnen, daß
das Kriegsamts ihre Anstrengungen, die neu festgelegten Lohnbe-
dingungen auf allen Arbeitsplätzen zur Durchführung zu bringen,
nachdrücklich unterstützen und einer Durchbrechung der Tarife ent-
gegenzutreten wird. — Dieser Fall lehrt handgreiflich, wie kurzfristig
sene handelten, die der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften
führern die schwersten Bormühen wegen ihrer Mitarbeit an dem „Ver-
stärkungs“-Geßel machten und noch machen.

Unorganisiert — also billig!
Wie Unternehmer die nichtorganisierte Arbeiterschaft ein-
schätzen, geht deutlich hervor aus einer Anzeige in Nummer 77.
Jahrgang 1916, der „Süddeutschen Tabakzeitung“. Diese lautet:
Verkaufe größere, der Neuzeit entsprechende
vollbesetzte und überall beschäftigte Zigarrenfabrik.
Guter Stamm weibliche, nicht organisierte, billige
Arbeitskräfte.
Nicht organisiert, also billig! Das ist für die Unternehmer
selbstverständlich. Leider haben die Arbeiter noch nicht überall
diesen Zusammenhang erkannt. Sonst dürfte es längst keinen un-
organisierten Arbeiter und keine den Gewerkschaften fernstehende
Arbeiterin mehr geben.

— Das Wachstum der freien Gewerkschaften. Die Zahl der
Mitglieder der Zentralverbände hat wieder eine Million übersteigen.
Im ersten Quartal 1917 stieg die Zahl der männlichen Mitglieder
von 300 000 auf 780 000, die Zahl der weiblichen Mitglieder von
179 000 auf 228 000. Am 31. März 1917 waren bereits mehr
Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert, als vor dem Kriege.
1 340 000 Gewerkschaftsmitglieder stehen unter den Fahnen. Die
Gewerkschafts-Unterstützungen, die aus den Zentralstellen ausgezahlt
wurden, haben 60 Millionen Mt. überschritten, davon 24 1/2 Millionen
Mt. Arbeitslosen-Unterstützung und 23 Millionen Mt. Familien-
Unterstützung. Welche Lohnzulagen die Gewerkschaften während
des Krieges herausgeholt haben, obwohl diese größtenteils der Lene-
rung nicht gleichkommen, ist ja bekannt.

Aus der Partei

Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.
Am 7. und 8. Juli vereinten sich in den Räumen des
Partei-Bureau, Berlin, Lindenstraße, unter der Leitung des
Genossen Braun eine stattliche Zahl Delegierten aus allen
Teilen Deutschlands. Dem Rufe zur Konferenz ist wohl jede
Genossin gern gefolgt, da es allen Bedürfnis war, nach drei
langen Kriegsjahren wieder einmal ihre Erfahrungen mit
Gleichgesinnten auszutauschen und neue Anregungen zu
empfangen. Mit warmen Worten begrüßte Genosse Braun
die Erschienenen. Den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die
Frauen in der Kriegswirtschaft“ behandelten die Genossinnen
Zuchacz und Hanna. Durch den Krieg ist eine vollständige
Umwälzung im Erwerbsleben der Frau erfolgt. Wir können
keine genauen Zahlen feststellen, da viele Betriebe die arbeitenden
Frauen nicht zur Krankenkasse anmelden und wir auch das
große Heer der Heimarbeiterrinnen dazu rechnen müssen. In
den festesten Fällen nur übersteigt das Angebot die Nachfrage
wie z. B. bei der Anfängerin im Bureaubetriebe.

Aber nicht nur durch das Einspringen der Frau in die
sonst von Männern verrichtete Arbeit hat der Krieg großen
Wandel geschaffen; die Frauen haben sich für jede zurzeit er-
forderliche praktische Arbeit in der Kriegsfürsorge, Preis-
prüfungsstelle, den Säuglings- und Kinderhorten in der auf-
opferndsten Weise zur Verfügung gestellt. Unsere Genossinnen
arbeiten gemeinsam mit den bürgerlichen Frauen. Dadurch
kam eine Seite der anderen mit ihren Erfahrungen austauschen,
Gerade durch unsere Mitarbeit bei der Fürsorge, Wohlfahrts-
pflege, den Auskunftsstellen für Kriegerfrauen bleiben wir in
dauernder Verbindung mit unseren Genossinnen. Die sich an
diese Ausführung knüpfende Diskussion zeigte, wie rege die
Genossinnen in ganz Deutschland sich an sämtlichen Kriegs-
fürsorgearbeiten beteiligen haben. Im zweiten Teil der Konfe-
renz referierte Genossin Zuchacz über „Unsere Agitation“. Sie
führte aus, wie die Frauen, die sonst alle wichtigen Fragen
über Haushalt und Kindererziehung mit dem Manne bespra-
chen, plötzlich selbständige Wesen wurden. Unsere Organisation
hat leider auch unter dem Krieg gelitten. Dadurch, daß den
Kriegerfrauen keine Beiträge mehr abgenommen wurden,
wurde das Band zerrissen, sie wurden nicht besucht. Es ist
auch jetzt sehr schwer an die Frauen heranzukommen, da sie
müde und abgespannt von ihrer Erwerbsarbeit, dem Rufe zur
Versammlung zu kommen, nicht folgen. Wir müssen jedoch
nicht müde werden, immer wieder an die Säuglinge heran-
zutreten und unsere „Gleichheit“ soll uns dabei wirksam
unterstützen. Wir wollen sie so ausbauen, daß sie von alle
Leserinnen verstanden wird und daß auch die Kinder sie mit
Interesse erwarten. Schon jetzt erhält die Redaktion Zus-
chriften von Müttern und Kindern, aus denen sie immer
wieder neuen Stoff schöpfen, wodurch sie sich mit ihren
Abonnenten eng verbunden fühlt. Aus der diesem Vortrage
folgenden Aussprache erwies sich, wie lebhaft schon jetzt agitiert
und damit ein Stück Zukunftarbeit geleistet wird.

Einen interessanten Vortrag über „Das Frauenwahl-
recht“ gab die Genossin Zepeler. Sie schilderte den ersten
dafür unternommenen Versuch, der aus Frankreich kommt und
allmählich sich entwickelnd alle Kulturstaaten ergreift. Mit be-
sonderer Energie ist die Engländerin, wenn auch nicht immer
in nachahmungswürdiger Weise bemüht, sich das Wahlrecht zu er-
obern. Sie hat es nun ja auch erlangt, allerdings nur für die
Frauen von 30 Jahren an. In Finnland besteht das Frauen-
wahlrecht seit dem Revolutionsjahre 1905. An diese Ausführ-
ungen schloß sich keine Diskussion. Zwei im Sinne der Refe-
rate gehaltene Resolutionen wurden angenommen und vom
Genossen Braun die Konferenz mit einem kurzen Abschieds-
wort geschlossen. (Ch. 3.)

...sien nur Suppen in der Hand nach Northhiffes. Dem Vor-
...der Nahrungsmittelmangel der Regierung mit ge-
...offenen Augen und verständnisvollem Herzen zu. Dieser Krieg
...jedem Schurken Gelegenheits zu einem patriotischen Mittel, um
...dieser das Volk besser zu erziehen und zu pflegen zu können.

Schluss des Parlaents

22. Bern, 11. Juli. Das schweizerische Parlament hat
...englische Parlament am 2. August in die Ferien gehen
...Die Verfassung wurde demütig schon im September
...erwartet werde, dass die militärische und politische Lage sich
...schicklich geändert haben werde.

Frankreich

Das französische Volkseinkommen

...in einer Schrift des Prof. Leroy-Beaulieu, die kurz vor dem
...erfolgt, folgendermaßen geschätzt (Frank in Markwährung
...gerechnet):

Einkommen (in Mark)	Zahl der Personen	Gesamteinkommen (in Milliarden Mark)
Bis 2000	9 500 000	12,2
von 2000 bis 2400	563 000	1,6
2400 " 4000	446 000	1,7
4000 " 8000	294 000	2,1
8000 " 16000	123 000	1,8
16000 " 40000	51 000	1,6
40000 " 80000	3 800	0,66
über 80000	3 400	0,56
Zusammen	10 990 200	22,22

Nach 9 500 000 Einkommensträger entfielen hiernach 12,2
...Monen Mark und auf 1 490 200 Inhaber von Einkommen ein
...wichtigster Betrag; nämlich 10,6 Millionen Mark. Es
...sogar somit ein Zehntel derer, die über ein Einkommen verfügen,
...weniger als 45 Prozent des gesamten Einkommens. Ein be-
...schriebenes Bild der Entwicklung des Kapitalismus in der Bourgeoisie
...publik der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!

Russland

Russischer Protest gegen die „Befreiung“ Griechenlands

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-
...genur vom gestrigen Tage wird Mitte Juli eine Konferenz
...Wärttern in Paris zusammengetreten, die sich mit der
...Anfrage beschäftigen wird. Die russischen Vertreter sind
...gewiesen, „ganz besonders auf der Anwendung der allge-
...Grundsätze der auswärtigen Politik zu bestehen, wie
...von der russischen Demokratie proklamiert worden ist.“
...Weiter heißt es wörtlich:

Im besonderen beziehen sich diese Anweisungen auf die grie-
...che Frage im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen. In
...Frage konnten wir nicht von einer Mißbilligung der Mittel
...gen, durch die ein König gewaltsam durch einen anderen ersetzt
...den ist. Gewiß waren wir in dieser Hinsicht nicht von dem
...wische befreit, König Konstantin zu unterliegen, dessen persön-
...Politik wir gemißbilligt haben und weiterhin vollkommen miß-
...gen, sondern von dem Gedanken der Unzulässigkeit einer Ein-
...ung in die inneren Angelegenheiten des hellenischen Volkes.
...s veranlaßte uns zu einem entsprechenden Einwand und dem
...sicht auf die Teilnahme russischer Truppen an dem Vorgehen
...Griechenland. Bei den Besprechungen mit den Wärttern
...gen wir den Standpunkt ein, daß die Einrichtung der Re-
...gierungsform in Griechenland, sowie die dortige Organisation der
...waltung ausschließlich Sache des griechischen Volkes ist, und wir
...arten, daß die Sympathien des russischen Volkes, das sich soeben
...demokratischen Staat befreit hat, ausschließlich einer freien und
...lichen Lösung jenseits des griechischen Volkes gehören.

Das Zentralorgan der „Unabhängigen“, die „Leipziger
...szeitung“, die bekanntlich für das Selbstbestimmungsrecht
...Völker eintritt, hat die Vergewaltigung Griechenlands als
...Recht der Entente verteidigt!

Finnlands Freiheitswünsche

Bern, 7. Juli. (W. L. B.) „Petit Parisien“ meldet aus
...sburg: Die Lage in Finnland verschärft sich. Die früher
...terde Autonomie genügt den Finnen nicht mehr. Ihre
...wörungen erscheinen in Petersburg unannehmbar. Die
...sburger Regierung wollte eine Anleihe von 360 Milli-
...Rubel in Helsingfors ausgeben, die sozialdemokratische
...der Finlands widerlegte sich jedoch dem Plane. Darauf
...terstellt drei bekannte Mitglieder der russischen Sozial-
...partei nach Helsingfors entsandt, um die Annahme des
...es im finnischen Landtage durchzusetzen.

Selbständige ukrainische Republik

W. L. B. Wien, 10. Juli. Dem „Neuen Wiener Tage-
...zufolge erhielt der Abg. Nikolai Ritter von Wiffiko über
...holm von dem ukrainischen sozialrevolutionären Kabe eine
...che, die besagt: Der ukrainische Zentralrat in Kiew hat
...selbständige ukrainische Republik proklamiert und sich als
...nische Regierung konstituiert. Vorläufig wurde je ein
...scher Reichsverweser für Krieg, Marine, Justiz und
...z und ein Minister des Aeußeren ernannt. In einer
...amation an die Bevölkerung wird mitgeteilt, daß Steuern
...nun an nur für die neue ukrainische Regierung einzun-
...en sind.

Die Kosaken und die Landenteignung

Petersburg, 30. Juni. (Meldung der W. L. A.) Der Kon-
...der Kosaken ganz Russlands sah mit allen gegen eine
...folgende Entschlieung über die Landverteilungsfrage:
...Ländereien, welche schon heute Kosaken gehören und
...gestammtes Erbeil darstellen, bleiben in deren Besitz;
...Ländereien, die in Kosaken-Gebieten liegen und durch
...Regierung an Privatpersonen ausgefolgt worden sind,
...die Ländereien, die der Staat und die Kirche dort in
...haben, sind ihren ursprünglichen Besitzern zurückzugeben;
...Ländereien, die in Kosaken-Gebieten liegen und jetzt Bauern
...bleiben im Besitz der letzteren.

Rumänien

W. L. B. Bern, 9. Juli. „Secolo“ erfährt aus Paris, die
...che Kammer hat mit 130 gegen 14 Stimmen die Verfassungs-
...die allgemeinen Stimmrecht, Enteignung großer Landgüter
...verteilung an Bauern vorliegt, angenommen.

13 Sozialisten erschossen

Basel, 9. Juli. Dem „Matin“ wird unterm 6. Juli aus Rott-
...meldet, daß 13 Sozialisten wegen der Befreiung von Ra-
...auf Befehl der rumänischen Regierung vor der richterlichen
...ung erschossen wurden. Hierüber herrscht in rumänischen
...große Erregung.

China

Rückkehr zur Republik.

Aus der Haltung der englischen und französischen Presse ging
...hervor, daß der Staatsstreich der chinesischen Monarchisten als für
...die Entente unannehmbar empfunden wurde, und schnell hat sich die
...Prophezeiung erfüllt, daß das neue Manchu-Kaiserthum nicht von
...langer Dauer sein werde. Ein Peking-Telegramm vom gestern
...meldet: Der Kaiser von China hat wieder abgedankt. Sein Rezi-
...ment hat sich aufgelöst.

Das schließliche Ende vomiede ist der Verzicht auf ihre
...Manchurien gewesen, und es scheint, daß militärische Ereignisse
...den Verzicht bringen gemüht haben. Wie Reuters aus Schanghai
...meldet, berichtet der frühere Premierminister Luanghsui, daß die
...Monarchisten Freitag bei Langfang angegriffen und geworfen wor-
...den seien. Die Republikaner verfolgten den Feind und rüdten zehn
...Meilen in der Richtung auf Peking vor.

Der frühere Präsident Shuanhng ernannte Luanghsui zum
...Premierminister und übergab ihm die Siegel des Präsidenten zur
...Uebermittlung an Tangtschang, der die tatsächliche Präsidentschaft
...antreten wird und die vorläufige Regierung in Nanjing gründen soll.

Kriegswirtschaftliches

Schleichhandel auf einem prinziplichen Rittergut

Zu dem Schleichhandel mit Schweinen auf dem Rittergut
...Düppel bei Wannsee erfahren wir, schreibt das „W. L.“, noch
...folgendes: Schon seit Monaten gingen Gerüchte über den fest-
...samten Handel mit Schweinen auf dem Gute Düppel um, das
...bekanntlich dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ge-
...hört. Die Verkäufe bildeten schon das Tagesgespräch in
...der ganzen dortigen Gegend. Schächtermeister Haseloff aus
...Teltow wurde vom Wachtmeister Werrbach aus Wannsee ver-
...haftet, als er eines Morgens früh um 1/5 Uhr auf zwei Wagen
...12 Schweine verladen und dafür 6000 Mark bezahlt hatte.
...Der Aufseher, der ihm die Schweine übergab, will lediglich im
...Auftrage des Administrators v. Eberstein gehandelt haben, der
...bereits seit etwa fünf Jahren das Rittergut verwaltet. Herr
...v. Eberstein soll den Schächter Haseloff beauftragt haben, die
...Schweine zu verkaufen, und zwar den Zentner Lebendgewicht
...für 350 Mark. Haseloff hat beim Verkauf nur 325 Mark für
...den Zentner erhalten. Als Vermittlungsgebühr für den Ver-
...kauf der 12 Schweine will er 250 Mark bekommen haben. Es
...besteht die Vermutung, daß seit dem Frühjahr d. J. noch eine
...größere Anzahl von Schweinen auf diese Weise verschwunden
...ist. Von dem Gut sollen auch an Willenbesitzer Schweine für den
...Preis von 400 Mark für den Zentner verkauft worden sein.
...Wie berichtet, sind die auf dem Gut befindlichen Schweine durch
...die Viehzentrale beschlagnahmt worden, da sie
...schlachtreif waren. Der Administrator hat selbstverständlich
...nicht im Auftrage des Prinzen, sondern ohne dessen Wissen
...gehandelt. Herr v. Eberstein ist übrigens inzwischen von seiner
...Reise nach Westpreußen zurückgekehrt. Er soll behauptet haben,
...es hätte sich bei den 12 Schweinen um tragende Zuchtsäue ge-
...handelt. Dabei soll der größte Teil Eber gewesen sein. Die
...Untersuchung dürfte mit der Aufdeckung dieses Schweine-
...handels noch nicht abgeschlossen sein.

Dosener Getreideschieberprozeß

Nach dreitägiger Verhandlung ging in Dosen der Prozeß
...gegen den Getreideschieber Gutsbesitzer Lorenz Markietan aus
...Brudnia im Kreise Hohensta zu Ende. Das Urteil lautete
...auf eine Gesamtstrafe von 15 Monaten Gefängnis, wovon
...6 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet
...wurden, und außerdem auf 26 800 Mk. Geldstrafe.

250 000 Mk. Verdienst — 10 000 Mk. Strafe.

Der Kaufmann Paul Abraham, Inhaber der „Karbidi-
...und Acetylenindustrie“ stand wegen Kriegswucher vor dem
...Schöffengericht in Köln. Es handelt sich um den Verkauf von
...Karbidi, eines Gegenstandes des täglichen Bedarfs. Ein Sach-
...verständiger erstattete ein ausführliches Gutachten, aus dem
...hervorging, daß der Angeklagte einen Reingewinn von 19,1
...Prozent erzielte und in neun Monaten bei einem Umsatz von
...1 482 836 Mk. einen Verdienst von 245 285 Mk. hatte. Auch
...andere Sachverständige betonten, daß hier ein Musterbeispiel
...des Kriegswuchers vorliege. Damals wurde Karbid viel zu
...Beleuchtungs zwecken verwendet. Erlaubt wäre hier ein Brutto-
...gewinn von 8 bis höchstens 10 Prozent gewesen, der Ange-
...klagte habe aber einen Reingewinn von 120 Prozent genom-
...men. Der Anklagevertreter, Gerichtsassessor Schneider, bean-
...tragte das höchste Strafmaß von 10 000 Mk. Geldstrafe. Das
...Gericht erkannte auf diese Strafe.

250 000 Mk. verdient — 10 000 Mk. Strafe als „Hand- ...lungskosten“. Ein ganz gutes Geschäft.

1 1/2 Jahre Gefängnis und 865 000 Mk. Geldstrafe
...Der Dosener Kriegs-Getreidespelulant Kagen-
...ellenbogen wurde am 30. Juni zu anderthalb
...Jahren Gefängnis und 865 000 Mk. Geldstrafe
...durch die Untersuchungshaft verbüßt angerechnet. Kagen-
...ellenbogen wurde gegen 300 000 Mk. Bürg-
...schaft auf freiem Fuß gesetzt

Danziger Nachrichten

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt

häft am Donnerstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, im Steppuh-
...schen Lokale seine Generalversammlung mit sehr wichtiger
...Tagesordnung ab. Der Vorstand ersucht die Mitglieder zahl-
...reich zu erscheinen. Alles Weitere ergibt das Interat in der
...heutigen Nummer der Volkswacht.

Erhöhung der „Ortslöhne“

Auf einen Mißstand, der dringend der Abhilfe bedarf,
...wird im „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ hinge-
...wiesen, auf die durch Verordnungen des Bundesrats ver-
...hängte Gültigkeitsdauer der „Ortslöhne“, wie jetzt die frühe-
...ren „ortsüblichen Tagelöhne“ genannt werden, die in der Ar-
...beiterversicherung eine große Rolle spielen. Sie sollen alle vier
...Jahre neu festgesetzt werden, und den Ablauf dieser Frist hat
...der Bundesrat schon mehrfach durch Verordnungen hinausge-
...schoben.

Dieses Hinausschieben bedeutet in der Tat unter Um-
...ständen eine schwere Schädigung für die Versicherten. So kann
...in den Landkrankenassen die Zahlung den „Ortslohn“ an die
...Stelle des für die Höhe des Krankengeldes maßgebenden
...Grundlohnes setzen, und in der Invalidenversicherung kann bei
...der Bemessung der Beiträge auch bei solchen Versicherten, die
...keine Mitglieder einer Krankenkasse sind, das Dreihundertfache des
...Ortslohnes als Jahresarbeitsverdienst angenommen werden.
...Noch wichtiger ist der Ortslohn in der Unfallversicherung, wo
...in einer Reihe von Fällen der Ortslohn bei der Berechnung
...des Jahresarbeitsverdienstes, der der Rentenberechnung zu-
...grunde liegt, mit herangezogen wird.

Die Ortslöhne waren immer zu niedrig. Namentlich
...wenn er bei qualifizierten, gut gelohnten Arbeitern herange-
...wird, bedeutet dies ausnahmslos eine schwere Schädigung.
...Jetzt, während des Krieges, ist dies Mißverhältnis noch viel
...ärger geworden und gerade dies macht die Abänderung zu ge-
...bieterischer Pflicht.

Noch niedriger als die Ortslöhne sind die in der Arbeiter-
...versicherung und wiederum namentlich in der Unfallverliche-
...rung eine große Rolle spielenden durchschnittlichen Tagelöhne
...der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Auch diese be-
...dürfen dringend der Abänderung und Neufestsetzung.

Mit Recht wird in dem erwähnten Artikel auf die Ver-
...ordnung über die Versicherung der im vaterländischen Hilfs-
...dienst Beschäftigten vom 24. Februar 1917 hingewiesen, durch
...die Notwendigkeit der gewünschten Abänderung in ein-
...grelles Licht gerückt worden ist. Es wird dort festgesetzt als
...Jahresarbeitsverdienst bei gewöhnlichen landwirtschaftlichen
...Arbeitern 1200 Mk., bei gewerblichen Arbeitern und landwirt-
...schaftlichen Arbeitern 1800 Mk. Dies gilt jedoch nur für die auf
...Grund des Hilfsdienstgesetzes im Ausland Beschäftigten. Auch
...diese fixierten, der Rentenberechnung zugrunde zu legenden Ver-
...dienste entsprechen nicht den jetzigen Verhältnissen, in Wirklich-
...keit sind die tatsächlichen Löhne höher. Trotzdem aber liegen
...die Dinge jetzt so, daß ein im Auslande in der Landwirtschaft
...als Arbeiter tätiger Hilfsdienstpflichtiger bei gänzlicher Er-
...werbsunfähigkeit infolge eines Betriebsunfalls 800 Mk. Voll-
...rente erhält, während die Vollrente für einen in Berlin-Steglich
...verunglückten Landarbeiter nur 600 Mk., für einen im Kreise
...Berent in Westpreußen Verunglückten gar nur 308 Mk. pro
...Jahr beträgt. Auch hier muß also eingegriffen werden.

Soll für die Kriegsbeschädigten gesammelt werden?

Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge sendet
...der „Nordd. Allg. Stg.“ eine längere Zuschrift, in der er ausein-
...anderseht, daß die staatliche und die freiwillige Fürsorge ein-
...ander ergänzen müssen. Er denke nicht daran, das Reich von
...seinen Pflichten entlasten zu wollen.

Aber auch bei denkbar günstigstem Ausgang des Krieges
...und bei weitherzigster gesetzlicher Regelung ist es vollkommen aus-
...geschlossen, auf gesetzlichem Wege allein in jedem Falle so zu helfen,
...wie es unserem vaterländischen Empfinden entspricht. Jede gesetz-
...liche Regelung trägt notwendig etwas Schematisches an sich und
...ist in ihrer Starrheit außerstande, dem Bedürfnis und der Dring-
...lichkeit des Einzelfalles gerecht zu werden. Die Praxis der bürger-
...lichen Kriegsbeschädigtenfürsorge hat erwiesen, daß nur zu oft Fälle
...übrig bleiben, in denen schnell und weitgehend geholfen werden
...muß, wie es eben nur die freiwillige Liebestätigkeit kann.

Auch die vom Kriegsministerium bewilligten Ergänzungs-
...renten des Härteausgleichsfonds können nicht völlig ausreichende
...Hilfe bringen. Dies geht schon aus den zurzeit für die Bewilligung
...dieser Ergänzungsrenten maßgebenden, naturgemäß engezugenen
...Grundsätzen hervor. Dann denke man auch an die Fälle der-
...jenigen Kranken oder sonstwie Beschädigten Kriegsteilnehmer, die
...nach dem Gesetz ohne Rente entlassen werden müssen (Rentenlose)
...und daher vielfach ganz auf die freie Liebestätigkeit angewiesen sind.

Nach der Auffassung des Reichsausschusses ist also das
...Kleid, das der Krieg zurückläßt, so groß, daß ihm durch die
...staatliche Fürsorge allein gar nicht abgeholfen werden kann.
...Was er dazu ausführt, ist die schärfste Kritik der staatlichen
...Fürsorge. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt:
...Sind die Befehle und staatlichen Einrichtungen unzureichend,
...so müssen sie abgeändert werden. Das gilt auch für die Fälle,
...in denen ein Mann tatsächlich als Kriegsbeschädigter zurück-
...kehrt, ihm aber nach dem Gesetz trotzdem keine Rente zusteht.

Der Anspruch der Kriegsbeschädigten auf ausreichende
...Hilfe an das Reich ist ein Rechtsanspruch, dessen Charakter
...durch keine noch so gut gemeinte Liebestätigkeit abgeschwächt
...oder verdunkelt werden darf!

* **Wochenhilfe und Kriegsdienst.** Die Gewährung der
...Wochenhilfe an die unehelichen Kinder von Kriegsteilnehmern
...ist von der Gewährung der Mannschaftsunterstützung haupt-
...sächlich aus dem Grunde abhängig gemacht worden, daß so ein
...leicht erkennbares Merkmal für die Waterschaft des Kriegsteil-
...nehmers geboten ist. Nach einem Bescheid des Reichsamts des
...Innern ist dieses Merkmal auch dann noch gegeben, wenn der
...Kriegsteilnehmer infolge von Verwundung oder Krankheit aus
...dem Kriegsdienst ausgeschieden und an der Wiederaufnahme
...einer Erwerbstätigkeit behindert ist, wenn die Unterstützung bis
...zur Zeit des Ausscheidens gewährt worden ist. Die Gewäh-
...rung der Wochenhilfe in solchen Fällen entspricht daher der
...Absicht des Bundesrats. Daß Mutter und Kind bedürftig sind,
...kann ohne Bedenken auch dann angenommen werden, wenn
...der Vater aus dem Kriegsdienst ausgeschieden und deshalb die
...Unterstützung eingestellt ist.

Eine sonderbare Volksbewegung

Am 9. Juni berichteten wir unter obiger Ueberschrift
...über eine Kundgebung des Verbandes ostdeutscher Industrieller
...für einen „starken deutschen Frieden“.

Wir hatten in diesem Artikel auch Geheimrat Ziese und
...die Firma Schichau-Elbing in Verbindung zu dem Verban-
...de ostdeutscher Industrieller gebracht. Diese Auffassung beruht
...auf einem Irrtum. Wie uns mitgeteilt wird, ist weder die Firma
...noch Herr Geheimrat Ziese Mitglied des Verbandes ostdeutscher
...Industrieller. Er unterhält auch keinerlei Beziehungen zu dem
...Verban-
...de.

Sterza eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
...Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig.
...Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Gute Emaille

zu billigen Preisen!!

Unser Erfrischungsraum
bleibt bis Mittwoch den 18. Juli cr.
geschlossen!

Wir hatten das Glück, zwei Waggon nachstehend auf-
führte, für Südamerika bestimmte Emaillewaren vorzüglichster
Beschaffenheit zu verhältnismässig ausserordentlich billigen Preisen zu
erwerben. — Wir stellen diese Waren zu Preisen zum Verkauf,

niedriger, wie die heutigen regulären Einkaufspreise.

Besonders vorteilhaft für Lazarette, Krankenhäuser und sonstige gemeinnützige Anstalten.

Mengenabgabe vorbehalten

Nicht für Wiederverkäufer

1 Waggon Fabrikat: Eisenhüttenwerk Thale

600 Kaffee Kannen 12 cm. Stück	2 ³⁰	50 Fleischroste mit 8 Stäben. Stück	3 ²⁵	600 Kasserolen mit Deckel, blau-weiss 20 cm. Stück	2 ⁸⁵
350 Kaffeekocher 7 1/2 cm. Stück	2 ¹⁰	35 Durchschläge 18 cm. Stück	2 ³⁵	400 Kasserolen mit Deckel, blau-weiss 22 cm. Stück	3 ²⁵
350 Kaffeekocher 9 cm. Stück	2 ⁷⁵	35 Durchschläge 20 cm. Stück	2 ⁷⁵	300 Kasserolen mit Deckel, blau-weiss 24 cm. Stück	3 ⁸⁵
70 Milchtöpfe 9 cm. Stück	1 ⁷⁵	35 Durchschläge 22 cm. Stück	3 ²⁵	150 Kasserolen mit Deckel, blau-weiss 26 cm. Stück	4 ⁴⁵
70 Milchtöpfe 10 cm. Stück	1 ⁹⁰	150 Kasserolen mit Deckel, blau-weiss, 8 cm Stück	95 ^Δ	125 Schöpflöffel 10 cm. Stück	85 ^Δ
70 Milchtöpfe 12 cm. Stück	2 ⁵⁰	150 Kasserolen mit Deckel, blau-weiss 10 cm. Stück	1 ¹⁰	125 Schöpflöffel 12 cm. Stück	1 ⁰⁰
70 Milchtöpfe 16 cm. Stück	3 ⁵⁰	150 Kasserolen mit Deckel, blau-weiss 12 cm. Stück	1 ³⁰	100 Eimer 26 cm. Stück	3 ⁵⁰
200 Suppenterrinen mit Deckel . 20 cm. Stück	6 ⁰⁰	400 Kasserolen mit Deckel, blau-weiss 14 cm. Stück	1 ⁴⁵	100 Waschgarnituren Stück	6 ⁷⁵
200 Suppenterrinen mit Deckel 22 cm. Stück	6 ⁷⁵	600 Kasserolen mit Deckel, blau-weiss 16 cm. Stück	1 ⁸⁰	100 Ständer dazu Stück	7 ²⁵
200 Suppenterrinen mit Deckel 24 cm. Stück	7 ⁷⁵	800 Kasserolen mit Deckel, blau-weiss 18 cm. Stück	2 ³⁰		

1 Waggon Fabrikat: Wuppermann, Pinneberg

850 Näpfe (Kummen) 10 cm. Stück	60 ^Δ	450 Schöpflöffel 10 cm. Stück	68 ^Δ	25 Wannen gestanz. 54 cm. Stück	8 ⁷⁵
850 Näpfe (Kummen) 12 cm. Stück	68 ^Δ	1200 Tassen mit Untertassen, 6 cm. Paar	95 ^Δ	100 Nachtgeschirre 18 cm. Stück	1 ⁵⁰
550 Näpfe (Kummen) 16 cm. Stück	95 ^Δ	1200 Tassen mit Untertassen, 7 cm. Paar	1 ¹⁰	150 Nachtgeschirre 20 cm. Stück	1 ⁶⁵
300 Näpfe (Kummen) 15 cm. Stück	1 ¹⁰	500 Kindertäbchen Stück	55 ^Δ	200 Nachtgeschirre 22 cm. Stück	2 ¹⁰
400 Schöpflöffel 7 cm. Stück	48 ^Δ	25 Wannen gestanz. 50 cm. Stück	7 ⁵⁰	120 Nachtgeschirre 24 cm. Stück	2 ²⁵

Ferner aus früheren Beständen:

Kaffeeflaschen blau, 1/2 Liter Stück	1 ⁰⁵	Becher blauweiss, 7 cm. Stück	60 ^Δ	Waschschüsseln oval, grau Stück	3 ²⁵
Kaffeeflaschen blau, 1 Liter	1 ²⁵	Becher 8 cm.	75 ^Δ	Salz- und Mehlmetten	1 ⁹⁰
Kaffeeflaschen blau, 1 1/2 Liter.	2 ¹⁰	Becher 9 cm.	90 ^Δ	Handleuchter weiss.	95 ^Δ
Kaffeeflaschen blau, 2 Liter	2 ⁵⁰	Maschinentöpfe weiss, 8 cm.	85 ^Δ	Kaffeeflechte Drahtboden, mit Schönheitsfehlern.	25 ^Δ
Schüsseln gestanz. weiss, 26 cm.	95 ^Δ	Maschinentöpfe weiss, 9 cm.	95 ^Δ	Kaffeeteller weiss.	65 ^Δ
Schüsseln gestanz. weiss, 28 cm.	1 ³⁵	Maschinentöpfe weiss, 10 cm.	1 ¹⁰	Eimer 28 cm.	3 ⁵⁰
Schüsseln gestanz. weiss, 32 cm.	1 ⁷⁵	Maschinentöpfe weiss, 11 cm.	1 ²⁵	Essenträger doppelt	5 ⁰⁰

Des grossen Andrages wegen bitten wir möglichst die Vor-
mittagsstunden zum Einkauf zu benutzen

Der starken Ueberlastung unserer Expedition wegen ist vorstehend
angezeigte Ware von der Zusendung ausgeschlossen

Freymann

Danzig - Kohlenmarkt